

1919

Expeditio, Neue Wapen, 1/10, und durch Wapen zu belegen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Jahr 8.00.

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen über die neuesten Nachrichten über den Krieg, die Arbeit, die Politik und die Wirtschaft.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 215.

Breslau, Mittwoch, den 14. September 1910.

21. Jahrgang.

Die abgeleugnete Wahlparole.

Herr v. Weismann-Hollweg sucht eine jugkräftige Wahlparole. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ recht unterrichtet ist, glaubt er sogar, sie schon gefunden zu haben. Er selbst freilich erklärt in der „Kölnischen“, die Nachricht des Frankfurter Blattes für falsch. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der sogenannte „Schutz der nationalen Arbeit“, der nach der Mitteilung des süddeutschen Fortschrittblattes, zum Schlachtruf der nächstjährigen Wahlen gemacht werden soll, nicht zum Programm des gegenwärtig regierenden Reichskanzlers gehört. Ganz im Gegenteil darf man es für Gewißheit nehmen, daß der Herr auf Hohenfinow ein entschiedener Hochschützler ist. Aber nicht alles, was ein leitender Staatsmann tut oder denkt, eignet sich dazu, auf den offenen Markt gestellt zu werden, um als Lockmittel für die Menge zu dienen.

Groß ist die Auswahl der Parolen, die Herr v. Weismann-Hollweg zur Verfügung stehen, nicht. Absolutismus, Privilegienwahlrecht, Wehrtrüsen und Hochschützler sind eines wie das andere wenig volkstümlich. Man muß sie schon ein bißchen schmincken und fristieren, damit man sich mit ihnen überhaupt sehen lassen kann. So wird Herr v. Weismann sicher niemals sagen, er sei ein überzeugter Anhänger des Absolutismus, sondern er wird versichern, er tritt für „das Recht der Krone“ ein; das kommt sachlich auf dasselbe hinaus, aber hört sich doch bedeutend besser an. Für ein Privilegienwahlrecht, oder gar für ein Dreiklassenwahlrecht wird sich auch niemand begeistern, da spricht man lieber von einem Wahlrecht, das den Mittelstand und die Intelligenz vor der Vergewaltigung durch die Herrschaft der bloßen Zahl schütze. Das ist „etwas dunkel zwar, hoch es klingt höchst wunderbar.“ Auch wird niemand so unflug sein, sich zu einer Politik des userlosen Wehrtrüsen zu bekennen, „lückenlose Rüstung“, „Wehrhaftigkeit des Vaterlandes“ hört sich bedeutend besser an. Und genau so ist es mit der Hochschützlererei. „Schutz dem Großgrundbesitz“, „Schutz der Lebensmittelerzeugung, der Fleischnot“ — wer wollte sich mit so plumper Deutlichkeit ausdrücken? Da redet man lieber vom „Schutz der nationalen Arbeit“, denn wer sollte nicht die „nationale Arbeit“ schätzen wollen?

Wie schon läßt sich von der Höhe dieser Schlagworte auf diejenigen herabkommen, die gegen Absolutismus, Privilegienwahlrecht, Wehrtrüsen und Hochschützler sind. Von ihnen heißt es dann, daß sie das Recht der Krone anfallen, die Monarchie umstürzen, die Gleichmacher betreiben, das Vaterland wehrlos machen und die nationale Arbeit, ganz besonders aber „die Landwirtschaft“ ruinieren wollen. Aber auf wen hofft man durch die geistlose Wiederholung des ältesten Schwindels noch Eindruck machen zu können? Nach der „Frankfurter Zeitung“ soll der Reichskanzler beabsichtigen, mit dem Angstruf „Unsere Schutzzollpolitik ist bedroht“, alle „positiv schaffenden Stände“ um sich zu sammeln. Die „positiv schaffenden Stände“ sind zweifellos echt Weismannsche Phrasologie. Der Mann, der die Unteroffiziere und Schulleute als preußische „Kulturträger“ erfinden hat, mag auch in den Dividendenschludern und Grundrentenverehrern die „positiv schaffenden Stände“ erblicken. Die riesige Masse der vom Lohn ihrer Arbeit lebenden Menschen gehört zu diesen „positiv schaffenden Ständen“ nicht. — Arbeiter, Lehrer, Beamte, all die Unzähligen, die weder Aktien noch An und Palm besitzen, zählen nicht mit. Sie schaffen nicht „positiv“.

Die Sozialdemokratie fordert nicht den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“ oder der „positiv schaffenden Stände“, sondern sie kämpft, seit sie besteht, für den Schutz der arbeitenden Menschen. Sie will die Partei aller derer sein, die durch ihre geistige und körperliche Arbeit Werte schaffen: diese Werte schaffenden Menschen will sie schützen und fördern in ihrer materiell-wirtschaftlichen Existenz wie in ihrem Bürgerrecht und ihrer Menschenwürde. Die Leute aber, die vom „Schutz der Arbeit“ reden, sind die Feinde und die Ausbeuter der arbeitenden Menschen, nicht bloß der „Arbeiter“ im gewöhnlichen engeren Sinne des Wortes, sondern aller, die aus Arbeitslohn oder Gehalt ihre Lebensbedürfnisse bestreiten müssen.

Welcher städtische Arbeiter oder Beamte gönnte es nicht dem kleinen landwirtschaftlichen Besitzer, wenn er für seine harte Arbeit entsprechendes Entgelt findet und die Mittel zu einem menschenwürdigen Dasein erwirbt? Aber die Wut schürt einem die Kehle zu, wenn man bedenkt, daß wir von Gesetzes wegen unsere Lebensmittel teuer bezahlen müssen, um die adeligen Großgrundbesitzer zu mästen und besonders das ostelbische Junkertum hochzuzüchten, das die schlimmste Landplage Europas ist! Gegen diese Leute, die zwar zu den „positiv schaffenden Ständen“ in Weismanns Sinne, aber nicht zu den Arbeitern im weiten ebenen Sinn dieser Worte gehören, gegen diese Leute, die der Masse der preußischen Staatsbürger ihr politisches Menschenrecht vorenthalten, und ihr das Brot vom Munde reißen, gegen die gewerksmäßigen Steuerbefreienden und Arbeiterschinder, gegen das hochmütige, bornierte, eigensüchtige Junkerpaar sammelt sich der Zorn des Volkes an, um sich bei den nächsten Wahlen in vernichtendem Strome über sie zu ergießen.

Das ist die einzige „Sammelpolitik“, die Aussicht auf Erfolg hat. Und nur dem Siege dieser Sammelpolitik hat

nemand etwas zu fürchten, der im Land oder Staat ehrliche Arbeit leistet. Tritt in Folge dieses Sieges eine Veränderung der Wirtschaftspolitik ein, so sollen nicht die arbeitenden Landwirte sondern die nichtarbeitenden Großgrundbesitzer die Beute zu bezahlen haben. Kein sozialistisch denkender Arbeiter wird bezweifeln, daß der arbeitende Landwirt ein Recht auf Schutz besitzt wie jeder andere arbeitende Mensch. Aber die arbeitenden Massen sollen nicht hungern, um ihre junkerlichen Todfeinde zu mästen, und darum heißt die wirtschaftliche Wahlparole: Fort mit den Lebensmittelschützern! Nieder mit dem Hochschützler!

Gegenüber den Zweifeln an der Richtigkeit ihrer Informationen erklärt die „Frankfurter Zeitung“ in einer späteren Ausgabe mit aller Bestimmtheit:

Die Informationen, die wir über die geplante Wahlparole des Reichskanzlers veröffentlicht haben und die wir für absolut authentisch zu halten verpflichtet sind, lassen keinem Zweifel mehr Raum.

Gleichzeitig schreibt die „Kölnische Zeitung“, daß sie auf Erkundigung an zuständiger Stelle erfahren hat, „daß der Reichskanzler bisher weder eine Wahlparole in dem von der „Frankfurter Zeitung“ angegebenen Sinne, noch überhaupt eine Wahlparole ausgegeben habe, auch nicht in vertraulichen Gesprächen.“ Um aber das Durcheinander noch mehr zu verwirren, kommt auch noch die „Kölnische Zeitung“ mit der verblüffenden Behauptung:

Unsere Lesern ist ein solches Programm des Reichskanzlers nichts Neues, da wir es bereits vor einigen Wochen mitteilen konnten.

Das Organ des Kanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, kommt in ihrer Sonntagsausgabe mit seinem Wort auf diese Angelegenheit zu sprechen, sondern stellt tiefgründige Betrachtungen an über — Kreta, Türkei, Griechenland und Bulgarien!

Wenn die „Frankfurter Zeitung“ mit der Rundgabe ihrer „Informationen“ einen Fühler ausstrecken wollte, um die Meinungen der Parteien kennen zu lernen, so ist dieser Zweck allerdings erreicht worden, denn die gesamte Presse nimmt zu dieser Wahlparole Stellung. Die linksliberale Presse äußert sich direkt ablehnend.

„Also Sammeln aller „positiv schaffenden“ Stände und Schutz der nationalen Arbeit.“ Und mit diesen hohlen Phrasen, bei denen sich jeder denken kann, hofft der „große Loh“ den Sturm der Empörung zu beschwören, den das ganze Volk aufwühlt? Man könnte das unheimliche Getöse, das in dieser weltfremden Vertäuschung liegt, mit verankertem Schmutzeln genießen, wenn es nicht gar zu traurig wäre, und wenn für einen Leiter der deutschen Politik, der ein solches Programm aufstellt, nicht jährlich 150.000 Mk. an Gehalt, Wohnunt., Heizung und Beleuchtung vom deutschen Volk aufgebracht werden müßten“.

sagt die „Berliner Volkszeitung“. In ganz ähnlicher Weise äußert sich das „Berliner Tageblatt“, das dem Kanzler noch diese Liebenswürdigkeit widmet:

„Der Kanzler ist, wie sich auch für Fernstehende mehr und mehr offenbaren mußte, eine verknöcherte Bureaukratenatur, mit stark entwickelter Anlage zur Intrigue, wie sie in Ministerhotels und förmlichen Antichambres gedeiht. In Bezug auf staatsmännliche Gebaren nimmt er seine Anflucht zu einem alten Lodenhüter, womit schon Miquel, der intrigante Ministerhase, Fiasco gemacht hat: zur Sammlungspolitik.“

Von einigem Interesse ist natürlich die Haltung der nationalliberalen Presse, deren Partei ja auseinandergetrieben werden sollte. Die „Nationalzeitung“ bezeichnet die Kunde aus Hohenfinow als eine „merkwürdige Mär“, deren Richtigkeit zu bezweifeln sei, so lange nicht eine authentische Erklärung vorliegt, denn der Gedanke sei absurd,

„mit herartigen untauglichen Mitteln eine Wahlparole zu kreieren, deren Nützlichkeit man heute schon voraussetzen könnte. Wir würden wirklich nicht, wie es der Kanzler zuwege zu bringen vermag, in der nationalliberalen Partei eine Bewegung zu erzeugen, die sie nach rechts an die Seite der Konservativen und des Zentrums bringen soll.“

Noch schärfer ist die Absage der „Kölnischen Zeitung“, welcher schreibt:

„Ein liberaler Politiker hat eigentlich zu einer derartigen Wahlparole nichts zu sagen; sie läuft geradezu darauf hinaus, dem Liberalismus eine Gefahr vorzubringen, unter deren Eindruck er die Stabilisierung der heutigen Parteiherrschaft betreiben soll; aber selbst wenn uns die Gefahr einer Bedrohung unserer bisherigen Handelsvertragspolitik geradezu auf den Nägeln brennen würde, ließe sie sich nicht zur Wahlparole ummünzen, weil sie jeglicher Zugkraft auf die Massen entbehrt.“

Die Presse des Schnapsblasses verspricht sich von dieser Wahlparole ebenfalls nichts, und die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt deshalb nicht an die Richtigkeit der Informationen, weil in ihnen die Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht erwähnt ist. — Die „Germania“ glaubt auch nicht, daß der Kanzler diese Parole auszugeben beabsichtige, denn:

„Schutz der nationalen Arbeit“ will zweifellos die große Mehrheit der Wählerschaft. Aber daß die Schutzzollpolitik ernsthaft bedroht sei, werden außer denen, die es wünschen, nicht allzu viele glauben. Eine „Sammlung“ der Parteien, die ohnehin schon zum Schutzoll stehen und eine Mehrheit für ihn bilden, würde also mit der Parole schmeichlich zu erzielen sein.

Wenn etwa eine dem Kanzler nachstehende Seite versucht haben sollte, auf diese Weise die Meinung der Parteien zu erkunden, so kann man nur von einem gärrigen, allgemeinen Abfall reden. Man wird schließlich doch wieder zu irgend einem nationalliberalen Schwindel greifen müssen.

Ein verschämter Rückzug?

Wie die „Nationalzeitung“ von einem dem Reichskanzler nachstehenden Seite erzählt, kann sich der Reichskanzler, der über die ihm unterstellte Absicht, er wolle durch die Parole „Schutz der nationalen Arbeit“ wirtschaftspolitische Gegensätze in der national-liberalen Partei hervorrufen, sehr verstimmt ist, die Entschiedenheit des Gedankes nur so erklären, daß private Äußerungen mißverstanden und umgedeutet worden seien. Vermutlich sei in einer der zahlreichen Unterhaltungen mit dem Reichskanzler das Gespräch einmal auf wirtschaftspolitische Fragen gekommen und der Kanzler mag gedauert haben, daß er nicht eine Politik zum Schutz der nationalen Arbeit verfolgen werde. Die selbstverständliche und klare Äußerung mußte dann irgendwie sofort ihren Weg in die Öffentlichkeit genommen haben, um später für eine Emulation herzuhalten, der jede Berechtigung fehlt.

Russische Horden auf preussischem Grenzgebiet.

Ueber einen neuen skandalösen Fall von russischer Rohheit und Grenzverletzung geben bürgerliche Blätter in Schlesien folgende ausführliche Schilderung:

Ein unerhörter russischer Grenzverstoß hat sich am 9. dieses Monats bei M y s l o w i z ereignet. Es mag vorausgeschickt werden, daß der Grenzübergang hier die etwa 100 Meter lange „Mordweiser Brücke“ bildet, die über die Przemsa hinwegführt. Am genannten Tage kamen ein russischer Grenzbau und zwei Polgisten nach M y s l o w i z. (Was haben die Leute dort zu suchen, Red. d. B.) Dort am diesseitigen Ende der Brücke kamen sie mit etwa einem Dutzend Männern zusammen, die ohne Waffe nach Rußland hinaus wollten. Es waren wahrscheinlich russische Überläufer, die zu Zeiten des japanischen Krieges desertiert waren und jetzt wieder zurück wollten. Nachdem diese Leute über den Passscheck für das Hinüberschmelzen mit den Beamten einig geworden waren, folgten sie ihnen auf die Grenzbrücke, die bis zur Mitte des Flusses, was auch ungefähr der Mitte der Brücke entspricht, unverletztliches, preussisches Gebiet ist. Für den Alltagsverkehr gilt übrigens die Brücke in ihrer ganzen Länge als neutral. Die Gesellschaft, von der hier die Rede ist, hatte aber kaum einige Schritte auf der Brücke getan, als sich die russischen Beamten hinterwärts auf ihre Schutzinge warfen, um sie als Beute hinüber zu schleppen. Sie hatten aber nur 3 ergriffen können. Die übrigen flohen in wilder Hast davon. Die Überfallenen schrien laut um Hilfe und wehrten sich verzweifelt, während die Schergen alle Kräfte aufboten, sie auf russisches Gebiet hinüber zu zerrren. Auf der Brücke entstand eine Panik, und die Zollbeamten Zinke und Ueberschär sahen sich veranlaßt, einzuschreiten. Sie kamen gerade zurecht, um zu verhandeln, daß einer der Unglücklichen in die hochaufgeschwollene Przemsa geworfen wurde. Während sie den Russen klar machten, daß sie sich auf preussischem Gebiet befinden und sich danach zu betragen hätten, fand einer der Gefangenen Gelegenheit, zu entfliehen. Der Grenzbau, der den zweiten Gefangenen immer noch festhielt, erhielt plötzlich von einem jungen Burschen mit einem Hammer einen so wichtigen Schlag in den Rücken, daß er seine Beute stöhnend fahren ließ und sich davon machte. Der dritte Gefangene befand sich leider schon über der Grenzlinie im heiligen Rußland. Er ließ marterschütternde Schreie aus, aber es konnte ihm nicht mehr geholfen werden. Duschschlich, aus er hier geschildert ist, hat sich dieser unerhörte Grenzverstoßfall vor einer großen Menschenmenge abgepielt. Die Landesgrenze ist aufs glibblichste verletzt worden, und die Schuldigen müssen unbedingt streng bestraft werden.

Wer ein einziges Mal Zeuge von der Nüppigkeit und Rohheit gewesen, mit der die russischen Söldlinge den Grenzverkehr „beaufsichtigen“, wird dieser Schilderung nicht den geringsten Zweifel entgegensetzen. Daß sich diese Polgistschurken dabei garnicht daran scheeren, ob sie sich auf deutschem Gebiet befinden oder nicht, ist durch hundert Einzelfälle bewiesen. Es wird leider auch in Zukunft nicht anders werden, denn statt dagegen mit aller Gewalt aufzutreten, ist die preussische Regierung den russischen Freunden bei zahllosen Auslieferungen behilflich gewesen!

Politische Ueberflucht.

Nacht Monate grundlos in Haft.

Unter diesem Titel bespricht der Reichstagsabgeordnete Dr. W. Struve in der „Kölnischen Zeitung“ eine höchst seltsame Amtshandlung des königlichen Landrats Springer in Gismar, der folgender Tatbestand zugrunde liegt:

Ein Landmann auf der Insel Fehmarn mietete sich am 18. November 1908 eine polnische Galglerin, Jolisa Kasia, zu nächst auf ein Jahr. Da das Mädchen seinen Dienst zur Zufriedenheit der Herrschaft ausführte, wurde der Dienstvertrag nach seinem Ablauf auf ein weiteres Jahr verlängert. Bei der auf dem Lande herrschenden Madchennot ein auch für die Dienstverhältnisse erfreulicher Vorgang. Möglich am 5. Januar 1910 — wird das Mädchen auf Anordnung des Landrats des Reiches Oldenburg verhaftet. Als Grund wird angegeben, das Mädchen hätte als Ausländerin das deutsche Staatsgebiet illegitim am 20. Dezember 1909 verlassen müssen. Der Landwirt, der seine Dienstmädchen gerne wiederhaben wollte, wendet sich an seinen Amtsrichter, wendet sich an den Landrat: alles vergebens, das Mädchen bleibt in Haft. Spälich wird als letztes Mittel ein Gesuch an den Regierungspräsidenten in Schleswig gerichtet, wobei der Fehmarn Landrat dem Mädchen ausdrücklich beibringt, daß es in jeder Beziehung einwandfrei sei. Die Regierung antwortet, sie habe die Sache zur weiteren Veranlassung dem Landrat an Gismar übergeben (auf dessen Veranlassung das Mädchen

Ich nun Monate in Haft (s. 1) und vier teilt natürlich die Entlassung nach Lage der bestehenden Vorschriften ab, so daß die Kasse noch drei weitere Monate in Haft gehalten wird, ohne, wie ich doch das Gesetz vorschreibt, binnen 24 Stunden dem zuständigen Amtsgericht vorgeführt werden zu sein. Vor einigen Tagen wurde das Mädchen sogar nach Neumünster gebracht, ob es dort im Strafbefehlsgang liegt oder einem Sammeltransport übergeben werden soll, steht noch dahin.

In dem Reichsstaat Preußen, so schreibt Dr. Struve, ist es also möglich, daß ein unbescholtenes, junges Mädchen acht Monate in Haft bleiben kann — weil es bei einem deutschen Bauern notwendige Feld- und Hausarbeit verrichtet, ohne deutsche Staatsangehörige zu sein! Welcher Grund lag denn vor, diese Ausländerin, die doch schon als Leiharbeiterin zu bezeichnen ist — ein Dienstmädchen vierzehn Monate auf einer Stelle — auszuweisen? Und mit welcher inneren Verachtung konnte man sie acht lange Monate ihrer Freiheit entziehen? Wenn sie wirklich aus uns noch unbekanntem Grund nach der Heimat abgeschoben werden sollte, mußte das nicht sofort nach der Inhaftierung geschehen? Konnte der Regierungspräsident nichts anderes anordnen, als die Sache weiter dem Landrat, der schon fünf Monate das Mädchen in Haft sitzen ließ, zu übergeben? Eine ganze Reihe von Fragen, die einer schnellen und erschöpfenden Antwort bedürftig sind.

Es ist durchaus erwünscht, daß auch die ausländische Presse diese Fälle preussischer Willkür allenthalben bespricht. Einmal um den deutschen Agrarier die fremde Arbeitsware etwas seltener und kostspieliger zu machen, sodann aber auch, um den Ruhm Preußens in der Kulturwelt geblühend erstahlen zu lassen.

Der Kaiser von Rußland und der Zar von Deutschland.

Der Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats“, ein russischer Offizier, der die spezielle Aufgabe hat, die Pariser Geldgeber des Parisismus in guter Laune zu erhalten, mitwirkt in einem Artikel, der sich mit der Parereise beschäftigt, ein recht interessantes Charakterbild der beiden Imperatoren des deutschen und des russischen Himmels. Das Ergebnis dieser kritischen Gegenüberstellung, das wir uns keineswegs zu eigen machen wollen, weil wir es für falsch halten, gipfelt in folgendem Satze:

So weltlich, human und liberal Zar Nikolaus seiner Natur nach ist, so autoritär und febril ist Kaiser Wilhelm geblieben.

An dieser Kritik ist nur soviel richtig, daß der Zar weltlich genug gewesen ist, gewisse Reden nicht zu halten. Aber das genügt dem russischen Offizier vollkommen, um Wilhelm II. als Folie zu benutzen, auf der der Glanz des „humanen und liberalen“ Nikolaus desto heller strahlen soll. Der humane und liberale Nikolaus, der autoritäre, für Feudalismus schwärmende Wilhelm! Das Doppelbild stimmt ja auf der einen Seite nicht ganz. Aber es ist doch interessant, einmal zu sehen, wie sich die Welt in russisch-offiziösen Köpfen malt!

Der Dank der Scharfmacher. Während die meisten Handelskammern in Deutschland sich über die Wirkung der neuen Steuern überaus abfällig geäußert haben, erntet Herr v. Bethmann-Hollweg, der diese Steuergesetze unterzeichnet hat, nunmehr den uneingeschränkten Dank der Scharfmacher. Die Handelskammer zu Bogenum sagte in ihrem Bericht für das Geschäftsjahr 1909:

„Die am 12. Juli endlich erfolgte Annahme der Vorlage über die Reichsfinanzreform durch den Bundesrat leitete den Beginn einer langjam aufsteigenden Bewegung ein. Trotz der Mängel der neuen Steuergesetze und der durch sie bewirkten schweren Belastung und trotz der tiefgehenden Aufregung, die infolge der Herabsetzung unserer bürgerlichen Parteien auch bis heute nicht zur Ruhe gekommen ist, hat die Annahme der Reichs-

finanzreform der deutschen Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht.“

Diesen Dank flatten die Scharfmacher natürlich nicht umsonst ab. Vielmehr enthält der Jahresbericht einen Wunschzettel der Scharfmacher von ganz ansehnlicher Länge. Zunächst wird die Kartellpolitik im deutschen Wirtschaftskreis bestritten und der Regierung nahe gelegt, keinerlei Schritte zu unternehmen, die sich gegen die Kartellierung der deutschen Industrie oder einzelner ihrer Zweige richten. Weiter wird gewünscht, die Möglichkeit eines größeren Einwirkens der Industrie auf die Fragen der äußeren Handelspolitik und außerdem wünscht die Großindustrie einen größeren Einfluß auf die staatlichen Faktoren ausüben zu können. Als Ziel wird bezeichnet: Die Erringung eines parlamentarischen Einflusses entweder durch die bestehenden politischen Parteien oder soweit diese versagen, außerhalb derselben. Den verbündeten Regierungen und der preussischen Landesregierung wird die Aufgabe zugewiesen, Mittel und Wege zu schaffen, um der Stimme der Industriellen mehr als bisher Gehör zu verschaffen. So vorsichtig diese Worte auch abgemessen sind, so deutlich erkennt man daraus die Aufforderung an die Regierung, eine Veränderung des Reichstagswahlrechtes vorzunehmen, oder wie soll man sich sonst den größeren Einfluß der Scharfmacher auf das Parlament vorstellen?

Erweiterung der Zinswarensteuer. Unübersichtlichen Meldungen zufolge beabsichtigt das Reichsfinanzamt, Anzeigen aller Art der Zinswarensteuer zu unterwerfen. Vor allen Dingen kommen dabei in Frage Taschenuhren, Selbsthänder usw. Vertreter der in Frage kommenden Industrien haben am Sonnabend in Berlin eine Besprechung abgehalten und sich dahin geeinigt, Einspruch beim Reichsfinanzamt gegen die Besteuerung der Selbsthänder zu erheben, weil die Steuer dieser verhältnismäßig jungen Industrie die Existenzmöglichkeiten rauben würde. Der Hanfabund sicherte den Unternehmern seine Unterstützung im Kampf gegen die Steuer zu.

Ein gutes Jahr für die Großgrundbesitzer. Das Jahr 1908 hat einen ganz ungewöhnlichen Zuwachs der Fideikommissfläche gehabt. Die in diesem Jahre neu errichteten 19 Fideikommissionen haben, zusammen mit 55 Erweiterungen schon bestehender, einen Gesamtzuwachs von 55.942,6 Hektar gebracht, denen ein durch Auflösung von 3 und Verkleinerung von 62 Fideikommissionen bedingter Abgang von 7707,1 Hektar gegenübersteht. Es bleibt also eine Vermehrung der Fideikommissfläche um 47.735,4 Hektar oder 2,1 p. H. Seit dem Bestehen einer Fideikommiss-Statistik, das ist seit dem Jahre 1895, ist die Zunahme noch nie so groß gewesen wie 1908, weder absolut noch relativ. Würde der Zuwachs der Fideikommissfläche weiterhin so stark sein wie im Jahre 1908, so würde in noch nicht einem Jahrhundert das gesamte preussische Staatsgebiet fideikommissarisch gebundenes Eigentum sein.

Von den preussischen Provinzen ist nach wie vor Schlesien am meisten durch Fideikommissionen gebunden. Es hat 191 Fideikommissionen mit einer Gesamtbesitzfläche von 689.293,1 Hektar oder 16,00 v. H. des ganzen Gebiets. Es folgen dann Hohenzollern mit 6 Fideikommissionen und 18.882,2 Hektar oder 16,86 v. H. und Brandenburg mit 128 Fideikommissionen und 329.903,3 Hektar oder 8,28 v. H. In der Rheinprovinz sind nur 2,81 v. H. des ganzen Gebietes fideikommissarisch gebunden.

Das „Wasserland“, das unser Volk lieben soll, ist Privateigentum einer Handvoll Junker! Das Volk muß sich damit zufrieden geben, daß es auf diesem „Wasserlande“ schwimmen und schuften darf.

Die Fleischvermehrung beim Landwirtschaftsminister. Dienstag Vormittag wird der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer eine Deputation des deutschen Fleischverbands empfangen, die ihm eine Denkschrift über die Fleischvermehrung und deren Ursachen überreichen wird. Leider ist auf einen Erfolg nicht zu hoffen, nachdem das Landwirtschaftsministerium bekanntlich auf dem Standpunkt steht, daß in Deutschland genügend Fleisch erzeugt wird und daß die stetige Kalamität nur vorübergehender Natur sei.

Zur Fleischvermehrung. Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben sich nunmehr ebenfalls mit der Frage befaßt, wie der Fleischvermehrung begegnet werden kann. Sie stellten sich auf dem Standpunkt der Forderungen, die bereits 1905 von dem Ausschuss des deutschen Handelstages gestellt wurden und die dahin gehen:

1. Zulassung möglichst ungehinderter Einfuhr lebender Viehweiden aus dem Auslande unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen zur Abschließung in öffentlichen Schlachthäusern; 2. Zulassung der Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Befreiung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Schutzmaßnahmen; 3. Zulassung der Einfuhr von Viehschlachtabfällen und sonstiger Fleischabwässer aus dem Auslande; 4. Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel, mindestens in Betreff von Futtermehl. Ferner wird verlangt, die Regierung solle die Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien in Erwägung ziehen.

In einer Versammlung der Augsburger Metzger und Wurstfabrikanten wurde angefaßt, daß immer seltener werdendes Mangel an Schlachtwild allen Erstes die Frage erwogen, ob es nicht ratsam sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Abzehrung des Wildes zu beschleunigen.

Augsburg hat infolge ungenügender Zufuhr von Schlachtwild die höchsten Fleischpreise in ganz Bayern.

Wersel im sächsischen Finanzministerium. Der sächsische Finanzminister Dr. v. Kasper ist von seinem Posten zurückgetreten. An seine Stelle hat der sächsische König den Geheimrat v. Seydewitz zum Finanzminister ernannt. Der zurückgetretene Finanzminister war ein engagierter konservativer Parteigänger.

Gegen die Jugendorganisation. Die Sozial-Conventionsmission in München hat in Verbindung mit der Polizeidirektion das Verteilen der „Arbeiter-Jugend“ in den Schulen und auf den Straßen vor den Schulgebäuden verboten.

Ein polnischer Wahlkandidat ist nunmehr im Wahlkreis Frankfurt a. D. aufgestellt worden. Westfälische und Berliner Polensführer haben die in Brandenburg wohnenden Polen mobil gemacht und zu einer großen Wählerversammlung in Frankfurt zusammenberufen. Hierbei wurde für die Reichstags-Ergänzungswahl der Reichsanwalt Cherganowski-Polen zum Kandidaten proklamiert.

Die Versammlung des Deutschen Monistenbundes in Dresden. Die Versammlung des Deutschen Monistenbundes, der zuerst in Dresden tagt, hat zur Königberger Kaiserrede und dem Altdingener Glaubensbekenntnis des bayerischen Kronprinzen folgende Resolutionen angenommen, daß die Abgeordneten des Deutschen Monistenbundes die Königsberger Rede über das Gottesgnadentum und die Rede des bayerischen Kronprinzen über die Erbitterung des Marla auf das tiefste bedauern. Derart überlebte, der religiösen und sittlichen Kultur unserer Zeit zuwiderlaufende Anschauungen an so einflussreichen, für die Geschichte unseres Volkes maßgebenden Stellen seien nur zu bedauern. Der deutsche Monistenbund erblickt in diesen ungeliebten Bekenntnissen deutscher Fürsten einen Beweis der verhängnisvollen Erkrankung unserer geistigen Lebens. — Die „Neuzzeitung“ fällt hoffentlich nicht in Dynastie.

Ausland

Die sozialistischen Stadtverordneten in den italienischen Kommunen.

Die erste Statistik der Vertreter, die die sozialistische Partei in den Stadt- und Provinzial-Verwaltungen hat, ist vom Parteisekretär, Genossen Ciotti, dem zuerst in Florenz tagenden Kongress der sozialistischen Stadtverordneten vorgelegt worden. Leider ist die Statistik nicht vollständig, da von den 1125 Parteisektionen, an die Fragebogen gelangt wurden, nur 555 rechtzeitig geantwortet haben. Nach diesen Antworten hat unsere Partei in 108 Stadtverwaltungen die Mehrheit, und in 447 gehören ihre Vertreter der Minorität an. Die Zahl der sozialistischen Bürgermeister beläuft sich auf 182, die der sozialistischen Stadträte auf 600, und die der Stadtverordneten

Die Mohrin von Toledo.

Von Carl Spinler.

Sie schaute in die Hände und schritt den Männern voraus, auf einen freien Gartenplatz, den breitblättrige Platanen in heiligem Schweigen umstanden, den der Mond mit seinem blauen Licht überzog, wie einen schimmernden Eisenaal. Durch den Gang von spärlichem Geißblatt, der von dem Brunnenhose des Hauses nach dem Innern des Gartens führte, kam die Skabin Marias mit dem Kinde auf dem Arme, dem Selchen der Gelehrten folgend, einher. Mit feierlicher Gebärde legte die Mutter den schlafenden Sohn in die Arme des Vaters, und aus dessen Wimpern floß eine im Mondlicht doppelt erglänzende Träne auf die Wange des Schlummernden.

„Alle Heiligen seien mit Dir, mein Juan!“ sagte wehmützig Padilla, mit einem Kusse das Kind an sich drückend, mit dem anderen die heiligmütige Mutter umschlingend. „Die ewige Dreifaltigkeit erhalte uns, wie wir hier zusammen stehen, in Eintracht und Liebe, und beschützt sei ich, wenn ich jemals, selbst auf dem Bloß des Herdes, den Schwur breche, den ich für Kreuz und Ehre meinem Hause und Spanien gelobe!“

Er gab schnell das Kind der Wärterin zurück, schaltelte seinen Gaitin die Hand, und ging mit dem Kusse: „Gott erhalte Euch, Donna Maria! Gott erhalte das Vaterland!“ samt Hernand Avalos, der in den Fuß eingeknickt hatte, eilends von dannen.

Die Schritte der Männer verhallten in der Ferne; der treue Diener Padilla, Sofia, übernahm das Kind eines Voges im Hause. Herz Lor und Lina schloßen, stellte die übrigen Anrechte seines Herrn, hochübernahmst als fleißige Wachen unsern von den Jüngern Marias auf, und machte selbst, von einigen unglücklichen Fanden begleitet, die Runde durch den Garten. — Inzwischen sah Maria in ihrem Schlafgemach neben dem Bette ihres Kindes. Schlaf kam nicht in ihre Augen, ihre Kleider hatte sie nicht abgeworfen, wohl aber aus der Waffenkammer ihres Vaters ein Schwerdt sich bringen lassen, das geziert neben ihr auf dem Tisch lag. Marias Auge blinnte dann und wann wohlwollend auf die Züge des schlafenden Sohnes, wollte bald auf der Sanbuh, die ihr gegenüber geräuschlos Korn auf Korn berücken ließ, halb auf der Mutter des Hellandes, die, von Respekt hand gemacht, über dem Bettel hing, und dann auf der treuen, ebenfalls wachenden Jani, die zu ihren Füßen lauerte, und sorglos mit den Quappen ihres Kleides oder mit dem Griff dem Schwertes spielte, das am Boden blinnte.

„Du bist so aufgeregt, liebe Frau“, sagte Jani mit ihrer weichen, fast unbeschreiblichen Stimme, und wendete die großen, schwarzen Augen voll Zerkümmern und Besorgnis nach der Herrin: „Ich habe Dich noch nie so gesehen.“ Du bist nicht ängstlich, denn Du gibst nicht nach und weinst nicht; aber ein großer Schicksal ruht von Deiner Stirne, und wie trübselig sieht Dein sonstiges Auge! Das Schwert bewahrt mich. — Was tut der fremde

Wald in Deinem Zimmer, da Du doch den Dolch bei Dir trägst, wie jede Spanierin zum Schutze ihrer Ehre?“

„Dies Schwert erwartet einen Feind“, versetzte ernst und ruhig Maria: „Des teuern Kindes Leben zu beschützen, blühte ich gezwungen sein, die ungewohnte Waffe zur Hand zu nehmen. Heute ist eine böse Nacht, Jani. Dein Herr geht blutigen Gefahren entgegen. Bedenke für ihn, Jani. Du bist jung, bist eine Neubekehrte, und Gott erfüllt die Bitte der Unschuldigen so gerne wie ein lebender Vater.“

„Du irrst dich so trübe, gute Frau“, entgegnete Jani kopfschüttelnd: „Lach Dir nicht lange sein. Ich weiß, was ich weiß. Der Herr flüchtet heute den Alcazar, und — hoch! — schon tönt die Glocke, die das Zeichen gibt! Wie wird sich der Boden des grauen Schlosses freuen, einmal wieder Blut zu trinken! Ach, meines Volkes Häupter haben jene Wüste erbaut, haben sie mit ihrem Blute gebügel! Ihre Geister haben dem Ort geruht, und mehr als ein Spanier wird heute den Fluch mit seinem Leben lösen müssen; aber der Herr kommt unbedeckt zurück; ich weiß das. Seine Stirne wird keine blutige Wunde tragen, wohl aber ein eisernes Kreuz von totem Golde!“

Maria sah ihre Skabin bestürzt und verwundert an. „Marias“, sagte sie, „was sprichst Du da? Du bist eine Träumerin.“

„Es ist kein Traum, der mich gelehrt, was ich soeben zu Dir gesprochen“, antwortete Jani mit vieler Gelassenheit. „Ich wiederhole nur die Worte eines Mannes, der nun im Grabe schlummert, dem es aber einst gegeben war, in der Zukunft zu leben, und in den Häusern der Sterne. Du magst wissen, liebe Frau, daß mein Großvater einer der Weisesten im Volke der Mauren gewesen. Unser Stamm blühte vor Zeiten in Spanien, und nur der Sturz der Macht unserer Könige konnte ihn, mit vielen Tausenden des Volkes, bewegen, nach der ostlichen Küste überzusiedeln, von wannen unsere Seefahrer herübergekommen waren. Mein Großvater war ein junger Anabe gewesen, als Hernando den Sieg über uns davontrug. Er lebte in der alten Heimat unserer Väter, der Eintragung und den Lehren der Weisen sein ganzes Dasein weidend. Mein Vater war ein wilder Kriegermann, der nicht weiter dachte, als an sein Ruh, seine Waffen und die Streifzüge, die er mit anderen Tapferen seinesgleichen häufig nach den Gegenden unternahm, wo die unruhige Sonnenhitze die Haut der Menschen schwarz brennt wie die Kohlen, und das Haar zur Wölle verfrüppelt. Während dieser häufigen Abwesenheit des Vaters hütete der Großvater das Haus und seine Enkel; die Mutter war längst ins Paradies vorausgegangen. Da erzählte er uns oft, dem Bruder und mir, von dem schönen Lande Spanien, von seinen Vorberhatnen, seinen stolzen Schlössern und den breiten Flüssen, die das Land erstrichend durchströmen. Oft sagte er alsdann: „Unter jenen Vorberhatnen schlummerten unsere Vorfahren, jene Schöpfer haben unsere Rassen erbaut, auf jenen Strömen schwammen einst maurische Schiffe, trugen unsere Väter und unsere Schiffe von Stadt zu Stadt, von Königreich zu Königreich. Aber das Kreuz hat gestiftet, und in den Sternen ist zu lesen, daß es weiter und immer weiter seine Siege tragen werde.“

Die Föhne der Propheten wird in Staub sinken, weil seine Nachfolger übermäßig geworden sind, und des wahren Gottes vergessen haben.“ — Da geschah es eines Tages daß unser Vater getötet aus einem Streite nach Hause gebracht wurde; und der Großvater zerbrach sich die Brust, zertraute den Bart und zerbrach sein Fleisch mit Klagen und Tränen. Er nahm uns mit sich hinweg aus dem Hause unsern vom Gelade, und führte uns in eine wüste Abgeschiedenheit, wo wir ihn nur zum Gesellschafter hatten, und seine Lehren und Weissagungen das einzige Buch waren, das uns offen stand. So verfloßen mehrere Jahre und wir Geschwister wuchsen empor an Kräften und Geist, während unser aller Pfleger immer schwächer wurde, und dem Tod entgegenging. Da begreife er ein, daß wir ihn auf den Rücken nehmen, und wieder heraus aus der Wüste nach dem Meeresufer tragen sollten. Es geschah; der Ozean wählte eine Stelle, von wo man die Küste von Spanien deutlich im Sonnenlande liegen sah. Hier mußte mein Bruder ihm ein Grab machen, er legte sich hinein in seinen besten Gewändern, und während der Zeit, an der Grube liegend, zum Himmel beteten, daß er den Sterbenden göttig aufnehme, kam der Geist des Herrn über ihn, und wie der Wind aus den Wolken über den Berge von Afrika leuchtete, das Auge des Seehers. „Kinder!“ rief er, mit der Stärke, die er nur zu sammeln vermochte: „Die Zeit ist da, wo ich scheiden muß, um Euch zurückzulassen in einer feindlichen, gegen Euch beschworenen Welt; denn die Zeit ist Euch nicht fern, wo die heidnischen Götzen der schwarzen Leute aus dem Innern der Wüste herausbrechen werden, um alle zu tödigen, oder als Sklaven hinwegzuführen, die da glauben an den einzigen Gott und seinen Propheten. Tage der Trübsal und des Jammers stehen vor Eurer Türe, und nirgendwärts mögt Ihr Rettung finden, meine Enkel, als in dem Schoß von Spanien, wo die Gebirge unserer Vorfahren ruhen, und wo nur ein Gott verehrt wird, wenngleich unter anderen Gebräuchen, als die uns fertigen sind. Geht hinüber, bilget Euch ein in die neue dort geschaffene Welt; Euer Schicksal wird wahrlich kein gemeines sein; Du, Saib, wirst ein großer Mann werden, und Du, Jani, wirst einer Königin dienen und ihre vornehmste Freundin sein.“ Nach diesen Worten starb er in seliger Verzückung, und kann halten wie die letzte, traurige Pflicht getan. So schied wir uns an, das Geheiß des Großvaters zu erfüllen, wie es schmerzliche Entschlossenheit mußte. Im nächsten Hafen lag ein spanisches Schiff; worauf Priester herüber gekommen waren, um arme Christen aus den Händen der Seeräuber loszukaufen. Auf diesem Fahrzeug schiffen wir nach Spanien, auf diesem Fahrzeug wurden wir getauft. Ich kam mit dem ehrwürdigen Priester Pedro hierher nach Toledo, ich wurde durch ihn dem Vornehmen bekannt und in Dein Haus aufgenommen. Die Zeit ist indessen eine wichtige geworden. Vortrefflich will der Kampf beizutreten, und Dein Herr, Gebieterin, wird die Wunden des Bürgerkrieges ebnen. Dafür wird ihm aus dem Grund dieses trübsamen Meeres das schönste Kleinod auftauchen: die Krone seines Vaterlandes, und Du wirst Königin sein, und Dein Vornehmen Freundin, wie der Großvater es einst befohlen hat.“ (Fortsetzung folgt.)

auf 5139. Die Parteigenossen in den Provinzialverwaltungen be-
laufen sich auf 186.

Diese Ergebnisse übersteigen, besonders was die Zahl der
Stadtvorordneten betrifft, bei weitem die Erwartungen, um so mehr,
als nur ein Bruchteil der Sektionen geantwortet hat. Nach der
letzten Statistik gibt es in ganz Italien 8290 Kommunen. Wahl-
berechtigt sind bei städtischen Wahlen alle Männer über 21 Jahre,
soweit sie die drei ersten Schuljahre absolviert haben. Die
Kommunalwahlen erfolgen durch Listenwahl mit Minoritäts-
verteilung. Der Bürgermeister und die Stadträte werden von der
Stadtvorordnetenversammlung gewählt und bedürfen keiner Be-
stätigung durch höhere Instanzen. Die Zahl der Provinzial-
verwaltungen beträgt 69.

Ueber den Kampf zwischen politischen Richtungen und Personenpartei in Griechenland wird der „Voss. Zig.“ aus Athen, 10. September, gemeldet:

Die Lage ist völlig ganz besonders kritisch geworden. Die
Kreise ist, wie die Politiker in zwei Lager gespalten. Die Per-
sonen-Parteien verlangen den Rücktritt der Regierung, um
ein gemischtes Kabinett einzurichten. Die Weisheiten, die
aber nicht die Mehrheit haben, um ein Kabinett bilden zu können,
bestehen darauf, daß die gegenwärtige Regierung bleibt. Die Per-
sonenpartei haben ferner beschlossen, in der National-Ver-
sammlung die Frage der Verantwortlichkeit für das
revolutionäre Vorgehen der Regierung zu stellen. Die
Weisheiten und die Unabhängigen stimmen dem zu, verlangen aber
eine Ausdehnung der Frage auf die früheren Regierungen von
Kallis und Theodoris und beantragen die sofortige Bildung eines
Staatsgerichtshofes, der aburteilen soll über die ganze Abwir-
kung, die zur Revolution geführt hat. Da selbstverständlich die
Personenpartei sich diesem Verlangen widersetzen, beschlossen
die Weisheiten und die Unabhängigen, einen Appell zur
Mitarbeit an das Volk an zu richten. „Die Weisheiten“
haben in Athen und in Thessaloniki an verschiedenen und mit
bewaffneter Unterstützung ein Schiedsgericht aufzurichten. Als die real-
politischen Mitglieder und Unteroffiziere von diesen Umtrieben Kenntnis
erhielten, lehnten sie sich mit den Personenpartei in einmütigen
Entschlossenheit gegen die Regierung an, für den König eine Ver-
trauensfrage zu veranlassen und eine eigene Regierung einzu-
richten. Die Regierung hat 30 Unteroffiziere verhaftet
und verleiht mehrere höhere Offiziere in die Provinzen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete. Vom Hochwasser.

Während im ganzen Oberlauf bis Breslau ein Fallen des
Wassers zu melden ist, ist an der Quellober in Annaberg am Montag
nicht ein Steigen um 8 Zentimeter beobachtet worden, was jedoch
nicht bedeutet, daß die Rattibor melde fallen, was ein Still-
stand des Ohlhwassers und Mittel-Flußlauf einen zweiten,
aber unbedeutenden Scheitel der Peile.

Ueber die Hochwasser im Kreise Woblan wird der „Schles-
Zeitung“ unterm 11. d. M. geschrieben:

In Erwartung der angekündigten Hochwasserwelle aus der
Meiße waren schon seit einigen Tagen die Wasserschützen in
Annas und Dyhernfurth mobil gemacht worden und auch der öffent-
liche Wachdienst auf den Deichen war in der vergangenen Nacht
eingesetzt, allerdings ohne daß sich etwas Besonderes ereignete. Erst
heute Sonntag gegen Morgen machte sich ein wesentlicher Steigen
der Oder bemerkbar, was in Dyhernfurth verdoppelte Wach-
samkeit nötig machte, während für Annas eine unmittelbare Gefahr
auch jetzt nachmittags nicht besteht. Schlimm steht es in Annas aus,
da der dortige Privatdeich, welcher 1908 gebrochen und wiederher-
gestellt worden war, bereits bis zur Krone unter Wasser steht. Mit
Rücksicht auf die jeden Augenblick mögliche Ueberflutung des Deiches
sind bereits die Wohnungen in Dorf Annas geräumt. In
Dyhernfurth herrscht heute reges Leben. Das Städtchen er-
reichte sich eines größeren Fremdenbesuches als sonst am Sonntage
im Sommer. Der Schloßbesitzer steht bereits unter Wasser, das
bereits zu den Kellerfenstern des Schlosses hineinragt. Der Wasser-
stand von 1908 ist fast erreicht, die Deichkrone liegt nur noch
ungefähr 50 Zentimeter über dem Wasserspiegel. Aus dem über der
Oder gelegenen Fährschiffshaus wurde heute Nachmittag das Vieh auf
Rähnen nach Berg-Gloßkau geschafft. Um 4 Uhr langte ein tele-
graphisch erbetenes Pionierkommando von drei Offizieren und
40 Mann an, wovon ein Teil gegen Abend nach Franz entendet
wurde.

Aus Glogau wird der „Breslauer Zeitung“ geschrieben:
Das diesmalige Hochwasser der Oder hat wiederum große
Schäden des Glogauer Strombezirks trotz Deichen und allem
unter Wasser gesetzt, und man fragt sich wiederum: „Wann
wird endlich das große Hochwasserschutzbautenprojekt, für das
60 Millionen längt bewilligt sind, in die Wirklichkeit über-
geführt werden?“ Jahr um Jahr ist seit jener Bewilligung
gegangen, Vorschläge sind ausgetauscht und wieder verworfen
worden, aber noch immer hört man nichts davon, was zur Be-
seitigung der ungeliebten Schädigungen der Oberanleger nun
eigentlich geschehen soll. Als fernerzeit die Idee des Hochwasser-
staubedens bei Ratibor ausstach, hatte auch der Glogauer
Magistrat eine unternehmende Petition an die Oberstrombau-Ver-
waltung gerichtet. Dann entschied man sich für Ueberlaufpolder
— es stieß wenigstens so —, und es sollte bei Weibisch im
Kreise Glogau unter anderem ein solcher Ueberlaufpolder er-
richtet werden. Wieber vergebliche Hoffnung! Von Breslau
kam nach einiger Zeit die Nachricht, daß auch diese Absicht auf-
gegeben sei. Man wollte halt besser — den Deich regulieren!
Jetzt heißt es nun, daß der Glogauer Strombezirk statt mit den
erschöpften großen Maßnahmen lediglich mit „kleinen Mitteln“ ge-
schützt werden soll. Die Oberstrombauverwaltung plant einen
Wissbau des Sonnengrabens (eines toten Armes der Oder),
ferner soll die Breite des Treibdamms im Oberbett (besser
ganzliche Beseitigung wohl am besten wäre) verringert und den
Wassermassen der Abfluß durch Verlängerung des Treibdamms
nach Osten und entsprechende Abflutung im Westen erleichtert
werden. Man aber selbst diese geringfügigen Maßnahmen —
geringfügig, obwohl sie Millionen erfordern werden! — nun
ausgeführt werden sollen, davon verlautet noch nichts. Der
behördliche Apparat arbeitet mit einer Langsamkeit, die
gerade hier am wenigsten am Platze ist, da alljährlich durch die
Hochwasser der Oder ungezählte Millionen an Werten vernichtet
werden.

Aus Schwedt wird berichtet: Die Weisheit be-
gann erneut gefährdend zu steigen! Der letzte Regen
wurde in der Nacht zum Sonntag gegen Mitternacht zum
stürmenden Ork und hielt in ungeminderter Stärke zehn volle
Stunden an, dauerte aber auch den ganzen Sonntag, allerdings
vermindert, jedoch ohne Unterbrechung fort. Schwer hängen die
Wolken an den Bergen und über den Tälern und lassen die
Wassermassen herniederfluten. Die Anwohner der Weisheit be-
teilen sich fieberhaft vor einer neuen Hochwasserwelle zu be-
zwecken, deren Vorzeichen sich bereits eintrufen. Der bedeutend
gefallene, aber immer noch reichende Fluß begann im Laufe des
Sonntags wieder langsam, aber stetig zu steigen. Aus den
Bergen strömten starke Wassermassen zu und das hier einmün-
dende Wogendorfer Wasser ging bereits Mittags wieder
überwall. In der Umgegend halten die Ueberflutungen
an und überall breitet sich ein trostloses Bild. In Schwedt en-
gelte hat am Freitag die Auswanderung der Peile eine herartige
Söhe erreicht, daß in der Kirche das Wasser bis an
den Hochaltar steht. Der Postbote muß im Dorfe bis
an die Kante im Wasser waten, um seinen Bestel-
lung zu verrichten. Von da an sind die Orte, Felder und
Wälder...

mit dem Wasser zum Ueberfluten der Wassermaße und so hin-
däuser um Ställe überflutete, so daß die Kle-
nur unter Lebensgefahr gerettet werden konnten. Zum Glück
droht Weisheit hinter Ratibor der Damm und Brücke, dadurch
dem Ort Rettung. Am Fuße des Hübten stehen viele
Ortschaften bis einen Meter hoch unter Wasser.
In Klein-Stieritz kirzte bei Rettungsarbeiten auf
der vorderen Bestung der 12 Jahre alte, Sohn des Stellen-
besizers Selber in das Hochwasser und wurde von der Flut
mit fortgerissen. Er wurde nach angestrengten Rettungsversuchen
besinnungslos der Strömung entrissen. Zwar gelang es, ihn
wieder zum Bewußtsein zu erwecken, doch ist sein Zustand be-
denklich. Wie aus Ober-Weisheit gemeldet wird, kirzte
dort das Pferd eines Fleischermeisters in die Flut und wurde
von dieser mit fortgerissen und über das Wehr getrieben.

In Briesa waren am Montag die meisten der am Freitag
überfluteten Stellen wieder vom Wasser geräumt, so der Mühl-
damm, die Ohlauerstraße und der Holzmarkt. Nur in den nördlich
gelegenen Gärten an der Ohlauerstraße sowie im Garten der „Har-
monie“ stand noch die Flut, bezuglich noch auf den Promenaden-
wegen.

Zur Beseitigung dringender Hochwassergefahren und zum Schutze
von Deichanlagen in den Kreisen Liegnitz und Wohlau sind
Karte Infanterie- und Pionierkommandos von den Truppen des
6. Armeekorps aus dem Wandbergelände nach den Ortschaften Fuchs-
berg, Rogas, Dyhernfurth und Kuras entsendet worden.

Die Dammleistung in Kilometer 367,2 der Strecke
Dittersbach—Glag ist, wie aus Neuweide amtl. gemeldet
wird, befristet. Der durchgehende Betrieb ist seit Montag Nachmittag
6 Uhr wieder aufgenommen.

Dels, 13. September. Raubmord. Sonntag Mittag
verübte ein russischer Arbeiter an einer etwa achtzehnjährigen
Arbeiterin aus Kusland der Gartenberger Chauffee etwa eine
halbe Stunde von Dels zuerst in der Nähe des sogenannten Den-
kmal-Busches einen Raubmordversuch. Der Arbeiter war
mit seiner Braut und der 18-jährigen russischen Arbeiterin von Rosen-
berg OS. hier gestern angekommen. Die drei begaben sich in die
Stadt, um russisches Geld in deutschen umzuwechseln. Dann führte
der Arbeiter seine beiden Begleiterinnen fast auf den Bahnhof die
Chauffee nach Gartenberg zu. In der Nähe des Benjamin-Busches
erfolgte der Überfall. Auf das laute Schreien der Arbeiterin eilte
der Willkürhändler der Schießflinte herbei, worauf der Täter von
seinem Opfer abließ und die Flucht ergriff. Da das Mädchen nur
russisch spricht, konnten die Ermittlungen nur mit erheblichen
Schwierigkeiten aufgenommen werden. Die Braut des Täters ist
inzwischen als Beteiligte aufgegriffen worden.

Legnitz, 13. September. Schluss der Gartenbau-
Ausstellung. Die Gartenbau-Ausstellung ist am Sonntag ge-
schlossen worden, nachdem sie vom 25. Juni bis 10. Juli und vom
14. August bis 11. September geöffnet war. Die Ausstellung ist
weit über das Ziel geschossen, das man zu erreichen geplant hatte.
Sie hat eine Bedeutung über Schlesien hinaus erlangt und eine
große Zahl von Fremden nach Legnitz gebracht. Der Besuch der
Ausstellung war von Anfang an sehr groß und hat bis zum Schluss
in gleichem Maße angehalten, nur die letzten Regentage hatten der
Ausstellung Abbruch getan. Der finanzielle Erfolg gilt jedoch als
gesichert; neben den Einnahmen aus der Ausstellung selbst brachte
der Vergnügungspark allein einen Ertrag von 20.000 Mark. Der
tägliche Besuch ist Sonntags auf durchschnittlich 30.000 Personen,
Wochentags auf 10.000 geschätzt worden, darunter befanden sich
Sonntags etwa 5000 auswärtige Besucher. Wochentags etwa 1000.
Der Ueberdruck wird zum Teil unter den Ausstellern verteilt werden;
aus ihm soll auch die weitere Erhaltung des warmen tropischen
Treibes bestritten werden, der mit dem Palmengarten der schönste
Schnuck der Ausstellung gewesen ist und den Legnitzer Park nun-
mehr banernd zieren wird. Der Verlauf der ausgestellten Blumen
ist sehr gut gegangen; die hochstämmigen Rosen sind ausverkauft,
die niedrigen fast völlig vergriffen. Auch die Dahlien gingen reißend
fort und die Aussteller haben viele weitere Bestellungen erhalten.
Ebenso gut war der Verkauf in den anderen Abteilungen; im Wald-
friedhof ist ein Grabstein neuzeitlich bestellt worden. Die Gemme-
ausstellung hatte besondere Anziehungskraft; ebenso war die Obst-
ausstellung sehr gut besucht.

Goldberg, 13. September. Unwetter. Am Sonnabend
Nachmittag zog wiederum ein schweres Gewitter mit zahl-
reichen elektrischen Entladungen über unsere Stadt, das von einem anhalten-
den Regen begleitet war. Ein fast wolkenbruchartiger Regenguß
ging im oberen Gebiete der Ratzsch, bei Röderdorf, nieder, wo
das Wasser von den höher gelegenen Feldern in Strömen herabfloß,
so daß sogar auf dem Felde liegende Ackergeräte mit fortgerissen
wurden. Infolgedessen war auch in der Ratzsch wiederum
Hochwasser eingetreten, das bis tief in die Gärten
eingedrungen sein muß, denn mit der Flut kamen
eine Obstbäume und zahlreiche Äpfel angeschwommen. Montag
Morgen war das Wasser bereits um einen halben Meter gefallen;
doch begann es im Laufe des Vormittags wieder zu steigen, da der
Regen noch nicht nachgelassen hatte.

Sachsen, 13. September. Verschüttet. Beim Aus-
schachten von Sand auf dem Sandverlag der Georggrube löderte sich
infolge der letzten Regengüsse die Sandmauer. Diese stürzte ein und
verschüttete dabei die 21-jährige Tochter der Witwe Schulz von hier.
Gegen 50 Kisten Sand bedeckten das Mädchen. Trotzdem sofort
zur Bergungsarbeit geschritten wurde, konnte die Verunglückte nur
als Leiche hervorgezogen werden. Die schon beschränkte Mutter verliert
in der Verunglückten ihre Stütze.

Aus Oberschlesien.

Der singende Korfanty!

Nach gut christlicher Sitte wird, wenn es mit jemand zu
Ende geht, gesungen, und der Scheidende singt, wenn auch nur
schwach, mit, falls dies überhaupt noch möglich ist. In dieser
Lage befindet sich Korfanty. Zwar ist er körperlich noch
recht frisch und munter, aber der viel gefährlichere politische
Tod klopft an sein Kämmerlein. Die Stunde seines unheil-
baren politischen Endes voraussehend, kämpft er seit einiger
Zeit wie ein Verzweifelter mit allen ihm zu Gebote stehenden
Mitteln, auch wenn diese noch so schmerzhaft sind. Von Freunden
und Feinden verlassen, steht er sein Mandat gefährdet, und nur
ist er auf einen neuen Ort verfallen. Seine wenigen Anhänger
verlassen jedoch, der es gerne hören will: „Korfanty
wird nur dann laubdienen, wenn die Stim-
mung von unten dieses verlangt!“ Man heißt
es, nach der Kunst der Massen zu hinhören. Aber Korfanty hat
nicht soviel Glück, wie so viele andere Demagogen in Ober-
schlesien, besonders in Kattowitz. Neben den vielen Nebenlägen
der letzten Zeit hat Korfanty am letzten Sonntag einen sehr
empfindlichen, vielleicht sogar den Todesstoß bekommen.

Im großen Saale des Rathhauses wollte er am Sonntag
eine Volksversammlung abhalten. Schon lange vor der fest-
gesetzten Zeit war der Saal überfüllt. Die Stimmung der Ver-
sammlung zeigte auf Sturm, das konnte man von allen Ge-
sichtern ablesen. Der Vorsitzende, Dr. Gager, eröffnete die
Versammlung mit dem katholischen Gruß: „Gelobt sei Jesus
Christus.“ Raum war dieser Verkündung, so setzte sofort eine
große Unruhe ein. Als dann der Vorsitzende verkündete, daß
Korfanty sprechen solle, setzte ein unglaublicher
Lärm ein. Korfanty und eine Menge Ordner bemühten
sich, die Ruhe herzustellen, alles war aber vergebens. Als Kor-
fanty einen der Unzufriedenen nach dem Namen fragte und dieser
keine Antwort gibt, nimmt er ihm den Hut vom Kopf. Die
Aufregung steigerte sich, obgleich er den Hut seines Partei-
freundes erwischt hat. Korfanty und seine Getreuen riefen die
Ordnung herbei, doch...

sch, da wir Korfanty nicht dem ganzen Saal demum
hören und er nicht anfangen kann, zu singen. Dem Vorsitz-
den wurde sofort die Ungehörigkeit der Diskussion: „Warum ge-
hören Sie keine freie Diskussion, wie die
Sozialdemokraten das machen?“ In seiner Bilk-
losigkeit sagte Dr. Gager freie Diskussion zu.

Raum hatte Korfanty dies vernommen, so brüllte er und
ein Teil seiner Getreuen: „Wer will also diskutie-
ren?“ Und da von unseren Parteigenossen nie-
mand da war, weil sie Korfanty meiden, meldete sich nie-
mand zum Wort. Nun glaubten die Korfantianer einen Hoch-
zug zu machen. Ein von ihnen betrunken gemachter
Mann wurde auf die Bühne geschleppt, und
als der diskussionslustige Sozialdemokrat
vorgestellt. Aber die Wirkung war eine andere, als Korfanty
glaubt. Eine unglaubliche Erregung ging
durch die Versammlung. Juristen, die nicht wiederzu-
geben sind, bewiesen Korfanty, daß das Volk es satt
hat, sich von ihm an Karrenschiffen fahren und
dann noch beschönigen zu lassen. So tobte der
Kampf lange Zeit. Endlich gelang es Korfanty, für einen
Augenblick sich verständlich zu machen. Aber zu dem ganzen
Unglück kam noch seine Ungehörigkeit hinzu. Er begann mit
der Erklärung, daß er jeden, der nach seiner Ansicht sich des
Hausfriedensbruchs schuldig macht, der Staatsanwaltschaft an-
zugeben werde. Damit hatte er dem Saal den Boden ausgeschla-
gen. Nun wurde der ganze Saal rebellisch. Korfanty stand
auf der Bühne, suchte mit den Händen, schrie nach Rechts,
aber sein Wort war mehr zu hören. Endlich gab er sich zur
Ruhe. Der Kampf war aus. Die Richter riefen die Bühne zu-
rücken, und mit einmal sangen sie an, geistliche Lie-
der zu singen. Korfanty stand auf der Bühne und sang mit,
anknirschend das Lied: „Wer weiß, wie nahe mir
mein Ende!“

So geht es mit Politikern, die ihr Versprechen nicht hal-
ten, sondern verfolgen die Interessen ihrer Wähler
mit Füßen treten. Dieser Volkstribun Korfanty, der
vor fünf Jahren noch der Haupt der ober-schlesischen Arbeiter
war, hat man auf den Schaltern zum Bahnhof zum Sozial-
ismus, er ist erkrankt und abgetan, was für alle Zeiten.

Kein Wunder, daß man sieht, wie er sich aus dieser Blamane
herauswinden wird. Natürlich werden wieder die Sozialdemo-
kraten, sein Schredensgenosse, herhalten müssen. Und obgleich
Korfanty weiß, daß die Sozialdemokraten es nicht waren, weil
diese zu derselben Stunde im Freundlichen Saale im
selben Ort eine große öffentliche Volksversammlung hatten, in
der Genosse Hering-Beuthen über „Das Gottesgnaden-
tum und die Fleischtewerung“ unter lauterer Stille
der Versammlung sprach, so wird er den Sozialdemokraten we-
der eins antworten, obgleich, wie im Falle Paulsdorf, seine
eigenen Parteifreunde ihm die Unwahrsheit seiner Behauptungen
nachgelesen haben. Nicht die Sozialdemokraten, sondern die
fröhlichen Anhänger Korfantis, die ihn erkannt,
haben ihm diese verächtliche Niederlage
berichtet. Das ist für die kommenden Reichstagswahlen
allerdings ein erfreuliches Zeichen.

Neustadt OS., 12. September. Vom Wahlverein.
In der letzten Mitglieberversammlung hielt Genosse Mecker einen
langen Vortrag über „Die gegenwärtige politische Situation.“ Die
sich anschließende Diskussion war eine recht lebhafte. Dann wurde
beschlossen, 100 Exemplare der Broschüre: „Fleischwucher und
Gottesgnadentum“ zu beschaffen. Auch soll in kurzer Zeit eine Ver-
sammlung stattfinden, die sich mit dem Fleischwucher und Gottes-
gnadentum befassen soll. Mit dem Hinweis auf die am 8. Oktober
stattfindende Versammlung, in der Genosse Wahlreich-Amerika
referiert, wurde die Versammlung geschlossen.

Beuthen OS., 13. September. Zwei Mädchen von
einer Lokomotive überfahren. Ein schwerer Eisenbahn-
unfall, dem die Streckenarbeiterinnen Emilie Anderso aus
Döleitz und Julie Kay aus Pilska zum Opfer gefallen
sind, ereignete sich am Montag Morgen nach 7 Uhr in der Nähe der
Station Zdarzka bei den Schlafhäusern der Döleitzgrube. Die
beiden Arbeiterinnen, die im Anfang der zwanziger Jahre standen,
wurden von einer leerfahrenden Lokomotive bei der Arbeit auf
dem Gleise erfaßt und auf der Stelle getötet. Die
Leichen wurden auf der Lokomotive nach der Station Zdarzka ge-
bracht. Der Schuld an dem Unglück hat, konnte bisher nicht aufge-
klärt werden. Man nimmt jedoch an, daß die Mädchen bei dem
Morgens herrschenden Nebel das Nahen der Lokomotive übersehen
haben. Als sie die Maschine dann plötzlich vor sich sahen, waren
sie vor Schreck gelähmt und dem Lokomotivführer gelang es auch
nicht mehr, rechtzeitig zu halten.

Beuthen OS., 13. September. Von der Flugwoche.
Sonntag waren die Flug-Vorstellungen von etwa 10.000 Personen
besucht. Der Flieger Thelen auf seinem Wright-Zweidecker unter-
nahm acht Aufträge, darunter zwei Passagierflüge und gelangte
dabei bis zu einer Höhe von etwa 400 Metern. Poulain kam nach
mehreren vergeblichen Versuchen einige Meter hoch, jedoch verlor
der Motor seines Flugzeuges und der Propeller schlug auf den Er-
dboden auf und zerbrach.

Wieliczka, 11. September. Eine blödsinnige Wette
wurde in einem Restaurant zwischen zwei jungen Kaufleuten
ausgetragen. Der eine erbot sich, binnen zwei Stunden außer
6 Zigaretten auch 10 schwere Meriko-Zigaretten zu rauchen. Er
hatte aber noch nicht die sechste Zigarette zu Ende geraucht, als
ihm plötzlich die Schme schwanden und er ohnmächtig zu werden
drohte. Fast gewaltsam hielt er sich aufrecht und ähnelte nach
langer Pause die achte Zigarette an. Ardeibeleck stürzte er plötzlich
vom Stuhle und verfiel in eine schwere Ohnmacht. Erst nach
längerer Zeit erholte er sich wieder und konnte mit Hilfe seiner
Freunde nach Hause geführt werden. Man sollte es kaum für
möglich halten, daß Menschen in einer so frevelhaften Weise mit
Gesundheit und Leben spielen können.

Genauere Angaben: Redaktion des „Voss. Zig.“ — Redaktion und Expedition: Roon-
Str. 10, Berlin 1. — Druck von J. G. Schöndel, Berlin 1. — Preis 10 Pf. — Einzelhefte 5 Pf.

3 1/2 mg.
Salem Aleikum
Cigaretten
Zur Verbilligung der Verpackung wird diese
Cigarette, außer in Cartons à 100, auch in solchen
à 500 Stück Inhalt geliefert.

Alkoholfreie Getränke

„Eis“, Mineralwasser, Selterswasser, ...
Brauerei, ...
Thomas-Brauerei, ...

Kondensmilch

Freiburg, ...
Kondensmilch, ...

Bäckereien und Konditoreien

Brot, Kuchen, Gebäck, ...
Bäckerei, ...
Konditorei, ...

Berufsbekleidung

Anzüge, Hemden, ...
Bekleidung, ...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Pfeifferhof, ...
Brauerei, ...
Bier-Verleger, ...

Fische u. Delikatessen

Fische, Meeresfrüchte, ...
Delikatessen, ...

Fleischerhandlungen u. Wurstfabriken

Fleisch, Wurst, ...
Fleischerhandlung, ...

Bilder-Einrahmung

Bilder, Rahmen, ...
Einrahmung, ...

Blumen und Kränze

Blumen, Kränze, ...
Blumenhandlung, ...

Blusen u. Kostümröcke

Blusen, Kostümröcke, ...
Kleidung, ...

Eriketts, Kohlen

Eriketts, Kohlen, ...
Textilwaren, ...

Buchhandlungen, Antiquariate

Bücher, Antiquariate, ...
Buchhandlung, ...

Butter-Handlungen

Butter, Käse, ...
Butterhandlung, ...

Damen-Konfektion

Damenkleidung, ...
Konfektion, ...

Damen-Konfektion

Damenkleidung, ...
Konfektion, ...

Destillationen

Alkohol, Essig, ...
Destillation, ...

Drogen und Farben

Drogen, Farben, ...
Drogenhandlung, ...

Erfrischend & malwährendlich

Erfrischende Getränke, ...
Malwährendlich, ...

Elben- u. Stahlwaren

Elbenwaren, Stahlwaren, ...
Werkzeuge, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen, ...
Nähmaschinen, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Färberei u. Wäscherei

Färberei, Wäscherei, ...
Textilreinigung, ...

Bezugsquellen-Verzeichnis

Galanterie- und Spielwaren
Gebr. J. Benjamin, ...
Spielzeug, ...

Gardinen, Teppiche

Gardinen, Teppiche, ...
Textilwaren, ...

Glas- u. Porzellanhandl.

Glas, Porzellan, ...
Handlung, ...

Grammophon, Sprechmaschinen

Grammophon, Sprechmaschinen, ...
Musikinstrumente, ...

Handarbeiten

Handarbeiten, ...
Textilhandwerk, ...

Hygienische Gummiwaren

Hygienische Gummiwaren, ...
Gummiwaren, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Haus- u. Küchengeräte

Haus- u. Küchengeräte, ...
Küchengeräte, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Kolonialwaren

Kolonialwaren, ...
Importwaren, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Herold, H.

Herold, H., ...
Photographische Ateliers, ...

Die Frauen in den Krankenkassen.

Die rapide Zunahme der Frauenerwerbsarbeit spiegelt sich naturgemäß auch in der steigenden Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder. Hier tritt die steigende Verwertung der weiblichen Arbeitskraft sogar am schnellsten in die Erscheinung und hier läßt sie sich auch am schnellsten statistisch erfassen.

Je größer die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder, desto enger wird für sie das Pflichtgebot, sich an der Verwaltung der Kasse, an der Ausgestaltung ihrer Leistungen zu beteiligen. Denn hierzu ist den Frauen die Möglichkeit gegeben, weil sie als Krankenkassenmitglieder das aktive und das passive Wahlrecht zu dem Vertretungskörper haben.

Bei Krankenkassen mit 500 und mehr Mitgliedern bilden bekanntlich nicht die Mitglieder die General-Versammlung der Kasse, sondern die Mitglieder haben Vertreter zu wählen, und diese bilden die Generalversammlung. Die Frauen, die Mitglieder der Krankenkasse sind, haben nun, genau wie die männlichen Mitglieder, das Recht, diejenigen ihrer Kollegen und Kolleginnen als Vertreter vorzuschlagen und sie zu wählen, zu denen sie das meiste Vertrauen haben. Sie haben aber auch das Recht, als solche Vertreter vorgeschlagen und gewählt zu werden.

Im Interesse der Frauen, ja der Gesamtarbeiterschaft liegt es nun, daß die weiblichen Mitglieder in ausgiebiger Weise von diesem Rechte Gebrauch machen. Warum das?

Die Vertreterversammlung (ein Drittel Arbeitgeber, zwei Drittel Arbeitnehmer) hat das Statut der Kasse festzusetzen und eventuell zu ändern, und sie hat den Vorstand zu wählen. Zwei wichtige Aufgaben der Verwaltung: Wie wichtig die sorgfältige Auswahl der Vorstandsmittglieder ist, bedarf keines weiteren Nachweises. Neben ihrer geschäftlichen Tätigkeit kommt es vor allem auf ihr soziales Verständnis, ihren sozialen Weitblick an. Nun aber zu den Statutenänderungen: Durch eine Statutenänderung können die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse um ein ganz beträchtliches erhöht werden. So kann zum Beispiel bestimmt werden, daß die Krankenunterstützung von 26 Wochen auf 52 Wochen verlängert wird, daß das Krankengeld vom ersten Tage der Erkrankung an und auch für Sonn- und Feiertage zu zahlen ist; daß das Krankengeld von der Hälfte bis zu drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes zu erhöhen ist.

Es kann den Erkrankten neben Kur und Verpflegung im Krankenhaus ein Krankengeld bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes auch dann gewährt werden, wenn er nicht den Unterhalt von Angehörigen aus seinem Lohne zu bestreiten hat.

Für die Dauer eines Jahres, nach Beendigung der Krankenunterstützung, kann eine Fürsorge für den Genesenden gewährt, dieser namentlich in ein Genesungsheim untergebracht werden.

Den Schwangeren, denen heute nach den gesetzlichen Mindestleistungen keine Unterstützung zusteht, kann durch Statut eine solche auf die Dauer von sechs Wochen gewährt werden in der Höhe der Hälfte bzw. drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes. Die Wöchnerinnen-Unterstützung für sechs Wochen kann gleichfalls von der Hälfte auf drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht und ärztliche Behandlung sowie Hebammendienste freigestellt werden.

Schwangerenunterstützung in der gleichen Höhe, desgleichen freie, ärztliche Behandlung, kann auch den Frauen

der Mitglieder gewährt und den sonstigen nicht versicherungspflichtigen Familienmitgliedern kann ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel gewährt werden.

Durch Statutenänderung kann das Sterbegeld verdoppelt, das heißt auf den vierfachen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden, und es kann beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes eines Versicherten gleichfalls ein Sterbegeld gewährt werden.

Ein großer Teil jener Leistungen, die wir als Obligatorium fordern, kann also schon heute durch Statut festgelegt werden. Die Frauen könnten ferner dafür eintreten, daß weibliche Ärzte und weibliche Kontrolleure in größerer Zahl angestellt werden. Damit ist unseren Genossinnen wohl hinsichtlich des Wohlfühlens, von welcher Wichtigkeit die Zusammenkunft der Generalversammlung ist, die das Statut zu beschließen hat; wie wichtig also die Ausübung des Wahlrechtes bei den Vertreterwahlen zur Generalversammlung ist. Doch neben diesem praktischen Nutzen, den die Ausübung des Frauenwahlrechtes und die Teilnahme der weiblichen Mitglieder an der Kassenverwaltung ihnen bringen kann, erleben sie auch noch einen hohen idealen Vorteil. Der besteht darin, daß die Frauen durch ihre Mitbestimmung die soziale Gesehung kennen lernen, daß ihr soziales Empfinden und Verstehen geweckt und entwickelt wird, und daß der Gedanke von der Wichtigkeit und der Bedeutung des Frauenwahlrechtes nicht nur zu den Krankenkassen, sondern des Frauenwahlrechtes zu allen gesetzgebenden und Verwaltungsbehörden weitere Kreise erfährt und festere Wurzel schlägt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist deshalb im vergangenen Jahre vom Parteivorstand und der Generalkommission an alle örtlichen Parteiteilungen und Gewerkschaftskartelle ein Zirkular gegangen, welches zur Propaganda unter den weiblichen Kassenmitgliedern auffordert. Ein populär gehaltenes Flugblatt, das die Frauen zur Ausübung ihres Wahlrechtes in den Krankenkassen anrief, ward gleichfalls vom Frauenbureau zur Verfügung gestellt. In 160.000 Exemplaren ist das Flugblatt verlangt worden. Gewiß viel zu wenig. Aber immerhin erfährt man an dieser Zahl schon, was von der offiziellen Notiz zu halten ist, die am 6. August in der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Post“ gebracht wurde und von den meisten Parteiteilungen übernommen und mit einer kritischen Fußnote versehen ward. Es hieß in dieser Notiz unter anderem:

„Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen war, soll entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigen und mit Rücksicht auf die den Frauen in erster Linie zu gute kommende Hinterbliebenen-Versicherung, auch auf die Versicherungsträger der Unfallversicherung, die Berufs-Gewerkschaften und auf die Invalidenversicherungsinstitutionen ausgedehnt werden. Nun fordert allerdings ein Teil der Frauenvereine auch das Wahlrecht zu allen Versicherungsleistungen. Wenn aber die Reichsregierung dieser Forderung grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, so ist sie dabei in der Regel, sich auf die Tatsache zu berufen, daß die Wahlberechtigung der Frauen bei den Krankenkassen, wo sie seit 27 Jahren das Wahlrecht haben, ganz gering gewesen ist. So hat bei den Krankenkassenwahlen in Leipzig, von 42.000 Frauen keine einzige gewählt. Ebenso war in Hamburg, wo eine völlige Wahlenthaltung der Frauen zu verzeichnen. In Frankfurt a. M. wählten von 20.000 versicherten Frauen 132. In der Berliner allgemeinen Ortskrankenkasse beteiligten sich von 40.000 Frauen 21 an der Wahl.“

Daß der reaktionäre Offiziosus, der diese Notiz verbrachte, ganz elend geschwändelt hat, beweist auch die Tatsache, die uns aus Hamburg bekannt ist, daß bei der kaufmännischen Ortskasse die Beteiligung der weiblichen Wähler seit Jahren eine sehr gute ist; das gleiche ist zu melden von der Berliner kaufmännischen, sowie von der Schmeider-

Ortskrankenkasse. Von Breslau haben wir es bereits mitgeteilt. In Leipzig sind 1907 nicht weniger denn 3000 Frauen zur Krankenkassenwahl gegangen, wie auf der Frauentagung in Mannheim berichtet wird; in Chemnitz im selben Jahre 1718 und in Dresden war im Jahre 1909, dank der starken Beteiligung der Frauen, ein glänzender Sieg der vom Kartell aufgestellten Kandidatinnen zu verzeichnen. Außer den frei organisierten Arbeiterinnen hatten sich auch die christlichen stark an der Wahl beteiligt. Immerhin muß die Beteiligung in Zukunft noch eine weit bessere werden aus den oben dargelegten Gründen. Geschicht das, dann ist den reaktionären Parteien auch gleichzeitig die Möglichkeit genommen, die laue Beteiligung der Frauen an den Wahlen auszuspielen gegen eine Erweiterung des Frauenwahlrechtes.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. September.

Geschichtskalender.

14. September.

- 1769 Alexander v. Humboldt in Berlin.
- 1809 Der Dichter und Schriftsteller Hermann Marggraf in Rastatt.
- 1817 Der Dichter Theodor Storm in Husum.

Erste Sitzung der Statutenkommission.

Eine ziemlich lebhafte Debatte entfaltete sich in der gestrigen ersten Sitzung der Statutenkommission über die vorliegenden, fast 300 Einsprüche gegen die Nichtwahlberechtigung der Stadtvorordneten, Wählerliste. Stadtv. Heilberg, der als Referent die umfangreichen Ermittlungen der städtischen Behörden durchgearbeitet hatte, mußte nun jedes einzelne der Gesuche um Aufnahme in die Liste daraufhin prüfen, ob der Belang alle Bedingungen erfüllt, die ihn zum preussischen Kommunalbürger befähigen: Staatsangehörigkeit, Wohnort, Selbständigkeit, einjährige Anwesenheit, Steuerleistung und das Fehlen von Armenunterstützungsbezug. In der Beurteilung der zweifelhaften Fälle ließ er zumeist die weitherzige Anschauung gelten, so z. B. bei der Beurteilung der Selbständigkeit dort, wo sich ein Steuerzahler dem Haushalt von Verwandten angeschlossen hat. Dagegen glaubte er bei Beurteilung der Anwesenheit und des Wohnortes an den Zeitpunkt der Zusammenlegung gebunden zu sein und die kleinste Armenunterstützung als Grund für den Verlust des Wahlrechtes anzuerkennen zu müssen, weil in beiden Fällen oberverwaltungsgerichtliche Entscheidungen vorliegen. Demgegenüber vertraten die Genossen Löbe, Neukirch und Albert die Ansicht, daß man bei der Beurteilung dieser Mängel nicht engherziger zu sein brauche, als das Reichswahlrecht, nach welchem Armen-Unterstützung nicht mehr als Verlustgrund angesehen werden und das Wahlalter bis zum Wahltag erst erfüllt sein braucht. In einigen besonders trassen Fällen, wo z. B. eine Brille oder die Benutzung der Tageserleuchtungsstätte dswig die Entziehung des Wahlrechtes zur Folge gehabt hat, beantragten die Genossen nachträgliche Aufnahme in die Liste. Es erfolgt nun eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich Stadtv. Neukirch mehr auf den Standpunkt der Antragsteller stellt, während Oberbürgermeister Bender zu verständlichen ersucht, daß auch gütliche Wahlen zustande kommen. Stadtv. Heilberg nimmt in den angeführten etwa zehn Fällen einen vermittelnden Standpunkt ein, in der Abstimmung wird ein Teil dieser Ansprüche anerkannt, ein Teil abgewiesen. Im Anschluß an diese Debatten ersucht Stadtv. Neukirch um die Auswahl günstiger klagender

Breslauer Schauspielhaus.

„Zwei Wappen“.

Stück von Blumenthal und Padelburg.

Gegen Ende der Saison wird man nicht sehr anspruchsvoll sein können und besonders abgemündete Vorstellungen verlangen wollen, namentlich wenn sie nur für zwei Abende einstudiert sind. Ist noch dazu das Theater so schwach besucht wie am Montag, so wird man sich nicht wundern brauchen, daß die Darsteller mehr Sympathie mit dem Souffleur als mit dem Publikum nahmen. Ganz besonders schenkte Herr Heilmann den Einflüsterungen des Kassengottes Gehör, so daß sein Humor, der sonst so reichlich quillt, diesmal recht gemäßigt klang. Die beiden Antipoden des Stückes, Herren Grimm und Klappath, waren bedeutend besser mit dem Text vertraut, der letztgenannte fand sich mit der drolligen Figur des Schapocor Schweinefüßchen ganz vorzüglich ab. Herr Glodius und Fr. Petman waren ein liebenswürdiges Paar, Fr. Spielmann schien sich nicht zu freuen, daß sie Breslau bald verlassen könne. Die Unabnahme! Wenn sie wüßte, wie gern wir sie hier behalten hätten. — Eine sonderlich glänzende Wirkung konnte der lustige Schwan unter diesen Umständen nicht ausüben, immerhin war der Beifall nach den Umständen noch lebhaft genug. Die Ausstattung war splendid wie gewöhnlich.

S. M.

Aus aller Welt.

Verzweiflungstat einer Mutter. In der Nacht zum Sonntag spielte sich am Charlottenburger Ufer eine tragische Szene ab: Eine sechsunddreißigjährige Frau, Marie Bogabe, stürzte sich mit ihrem einjährig alten kleinsten Kinde in die Spree. Ihre beiden anderen Kinder in dem Alter von vierinhalb und sechs Jahren ließ sie am Ufer zurück und sagte ihnen, sie möchten „Mutter nachkommen“. Als die Kleinen aber ihre Mutter im Wasser sahen, fingen sie an, laut um Hilfe zu rufen. Darauf eilten zwei Männer herbei, die die Frau und das Kind noch lebend ans Ufer brachten. Beide wurden ins Krankenhaus-Bestand gebracht. Bittere Not hatte die Frau zu der Verzweiflungstat getrieben. Von ihrem Manne verlassen, ergriffte Frau B. sich und die Kinder notdürftig. Als sie krank wurde, beschloß sie, mit ihren Kindern in den Tod zu gehen. — Man steht

der Unglücklichen noch eine Anklage wegen Mordvorsatz bevor, und man kann sicher sein, das Verfahren wird schneller durchgeführt sein, als das gegen Ensenburg.

Urkundenfälschung in 289 Fällen. Die Strafkammer in Harau verurteilte den Kaufmann Petermann wegen Urkundenfälschung in 289 Fällen im Gesamtbetrage von 48.200 M. zu einer Gesamtstrafe von 21 Monaten Gefängnis.

Brustkrebs. Unter dem Pferdebestand des Magdeburger Dragonerregiments Nr. 8, das angeblich im Manöver weil, ist die Brustkrebsausbreitung. Um nicht noch weitere Regimenter zu verheeren, wurden die erkrankten Tiere isoliert und nach Mainz gebracht. Die erste Eskadron des Regiments mußte zur Hälfte und die zweite ganz vom Manöver zurückgezogen werden. Die Isolierung der erkrankten Pferde wird sehr streng durchgeführt. Die Ursache verleißt bis jetzt ziemlich unklar, jedoch ihr noch kein Tier erlegen ist.

Proletariats Schicksal. In Duisburg ereigneten sich am Sonntag drei Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. Auf der Weidenhainischen Hütte fiel ein Arbeiter ein 16-jähriger Schmelzer glühender Eisenblock auf den Leib. — Auf der Beche Westende geriet ein Bergmann unter Steinfall aus dem Hangen, und im Hafenbecken G. Weidenhain verunglückte ein Arbeiter, der beim Abladen eines Kollwagens aus einem Eisenbahnwagen herabfiel und erschlagen wurde.

Schwere Automobilunfälle. Auf der Schwanhauser Chaussee fuhr ein Bremer Automobil in eine Schaar spielender Kinder. Zwei Knaben wurden schwer verletzt. Einer von ihnen starb bald darauf. Der Chauffeur wurde verhaftet.

Die 66 Jahre alte Diakonissin Margarete Denkerlohe in Augsburg wurde, als sie einer alten Dame beim Einsteigen in einen Straßenbahnwagen half, von einem Automobil überfahren und derart verletzt, daß sie bald darauf starb.

Eine Musterleistung vom St. Burraustrand erzählt die Halberstädter Zeitung: Ein Fräulein S., Tochter achbareren Eltern, geborene und gebildet auch noch, mit einem Kapellmeister in den heiligen Ehestand zu treten. Wie bekannt, werden bei Heirat der Gattin zur Erlangung des Konsekrationen neben anderen Dingen auch über die Führung der Braut die nötigen Akte verlangt, und die Eltern der jungen Dame hatten demgemäß über die einzelnen Lebensstadien ihrer Tochter die historischen Dokumente, als da sind: Geburtsurkunde, Taufschein, Schulgenossenschaft, Konfirmationsakt usw. ihrer natürlich unmaßgeblichen Ansicht nach lässig hingelassen. Nun war Familie S. früher einmal in Dornedorf anwesend, wo auch die jetzige Braut des Kapellmeisters das Licht der Welt erblickte. Als die kleine aber

erst wenig über 1 Jahr alt war, stellten ihre Eltern nach Halberstadt über. In diesem Umstand hat nun der mit der Prüfung und Erhebung der Führungsurkunde und Legitimationspapiere betraute Beamte ein dickes Haar gefunden — er vermehrte über den Lebenswandel der Braut während dieses Teils ihrer Lebenszeit, also für die Zeit von der Geburt bis kurz nach dem vollendeten zehnten Lebensjahre, ein Führungsprotokoll und forderte kraft Amtes bei den Eltern die nachträgliche Beibringung des noch nicht bei den Akten befindlichen Aktes an. Der Familie S. blieb nichts übrig, als an das Standesamt zu wenden und zu schreiben, und in aller Form um ein Attest über die Führung ihrer Tochter während der Dauer ihres Aufenthaltes vorzulegen, das als gehörig zu erlösen. Der Beamte in der kleinen Verfassungskasse hatte, als er aus den Registern festgestellt hatte, daß es sich für Fräulein S. um die Zeit vom Tage der Geburt bis etwa zur Vollendung des dritten Semesters handelte, den guten Humor, den verzeihlichen Eltern die beruhigende Auskunft zu erteilen, daß die Führung der Braut während der fraglichen Zeit in Anbetracht ihrer damaligen kindlichen Unabgeschlossenheit darin bestanden habe, sich wüßig jeder Führung zu überlassen; im übrigen habe die p. S. sich in der fraglichen Zeit genau so betätigt, wie alle anderen Personen sich zu der fraglichen Zeit zu führen pflegten.

Sterbefälle an Säufertwahn und Selbstmord in Folge von Alkoholisierung. Im Jahrbuch „Das Gesundheitswesen des Preussischen Staates im Jahre 1908“, bearbeitet von der Medizinischen Abteilung des Kultusministeriums, wird mitgeteilt, daß während des Jahres 1908 im ganzen Königreich 1.157 Personen (1007 Männer und 150 Frauen) an Säufertwahn gestorben sind und bei 8.231 Selbstmorden (6.871 männlichen und 1.360 weiblichen) in 779 Fällen (755 m., 24 w.) gleich 95 Proz. aller Fälle (11,8 Proz. m., 1,8 Proz. w.) Alkoholisierung als Beweggrund ihrer unglücklichen Tat angegeben worden ist. Bei den sich unheimlich mehrenden Selbstmorden (8.231 gegen 7.645 i. J. 1907 und 7.298 i. J. 1906) dürfte aber der Alkohol noch in viel mehr Fällen der Haupt- oder Mitschuldige gewesen sein, wenn man bedenkt, daß außer dem direkt dem Alkoholisierung zugeschriebenen Selbstmorden bei 25 Proz. Geisteskrankheit, bei 21,1 Proz. andere und unbekanntere Beweggründe vorliegen. Wenn nun jemand an Delirium tremens stirbt oder, vom Alkoholisierung gerührt, Hand an sein Leben legt, so bedeutet ein solcher Tod nur die äußerste Stufe des Unfalls, welches der Alkoholisierung anzuzuschreiben. Nur jeder Trinker erreicht diese unterste Stufe wie die nahezu 2.000 preussischen Alkoholik der Jahres 1908. Aber unglückliche sind auf dem Wege dazu. Darum kämpft gegen die ungesunde Volksgesundheit des Alkoholisierung, die die kleine aber

Eigenschaften für die Auslegung der Wählerlisten, Stadtr. L. B. e. wünscht, den Abgewiesenen den Grund ihrer Ausscheidung mitzuteilen und Stadtr. Albert stellt eine Petition wegen der Wirkung der Armenunterstützung in Aussicht.

Hatte die Wahrnehmung der Bürgerrechte so die Luke auf Feld gerufen, so meldete sich die Rechte der Versammlung bei der Errichtung eines Gefangenen für die Schweizererei im Scheininger Park. Wenn man den Mehnern der Rechts, den Herren Mitschke und Seyde, glauben darf, gibt es in Breslau keinen schlimmeren Zustand, als die unbefriedigende Ausstattung der Schweizererei. Und während beim Etat der Gartenverwaltung der zuständige Dezerent um jeden Bromenadensesel einen mörderischen Kampf führen muß, erklärte sich Herr Mitschke auf einmal zur Bewilligung unbegrenzter Mittel für eine neue Schweizererei bereit. Bei der Errichtung des Säuglingsheims knapfen die Herrschaften anders, die Gastwirtschaft scheint also ihrem Herzen näher zu liegen. Schließlich wurde der Gefangen bewilligt.

Hier ein ausführlicher Bericht:

Stadtr. Heilberg erläutert zunächst die Grundzüge nach dem die Vereinfachung der Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu prüfen seien. Als selbständig seien die Schlußsätze bisher nicht angesehen worden, wohl aber die Inhaber von möblierten Zimmern. Als nicht selbständig würde auch angesehen, wer beim Arbeitgeber in Kost und Lohn steht. Nun ist auch Einspruch erhoben worden von zwei Personen aus dem Parochial- u. Wanderschaft. Sie erhalten 45 Mark netto freier Station. An sich sind sie also beim Arbeitgeber in Kost und Lohn, trotzdem würde ich vorzuschlagen, die beiden Herren in die Liste aufzunehmen, denn unter dem Begriff der Selbständigkeit wird man doch zu verstehen haben, daß die betreffenden ihren Einkommen nach, nach außen hin als selbständig erscheinen. Wenn ich habe ich es auch in Bezug auf die Fälle, wo Anlage mit im Haushalt der Eltern wohnt und zur Steuer der Anlage sind. Es ist sich sehr gut denken, daß auch hohe Beamte, mit erheblichen Einkommen und fortgeschrittenem Alter noch bei den Eltern wohnen. Man könnte sie deshalb doch nicht als unabhängig ansehen. Deshalb beantrage ich allen, die bei den Eltern wohnen und Steuern zahlen, das Wahlrecht zuzugestehen. In Bezug auf die Armenunterstützung stimmt unser Landrecht leider nicht überein mit den Bestimmungen, die für das Reich gelten. Die Gewährung von Unterstützung an Kranke, Invalidität, die Gewährung von Naturalleistungen hat also den Verlust des Wahlrechts zur Folge. Wo aber die Kosten erstattet worden sind, habe ich beantragt, die betreffenden in die Liste aufzunehmen. In Bezug auf die Steuern beantrage ich in einem Falle die Aufnahme in die Liste, wo für das erste Quartal die Steuern bezahlt waren, da für das zweite Quartal die Verpflichtung zum Zahlen erst gegeben war, als die Liste zur Auslegung gelangte.

Stadtr. L. B. e. wünscht zunächst, daß jedem ablehnenden Bescheid eine Begründung beizufügen werde, damit sich ein Petent weiß, welchen Grund er den Verlust seines Wahlrechts verdankt. Nebenbei bemerkt sei, daß für die Stadtverordnetenwahlen immer noch geringfügige Armenunterstützungen als Wahlrechtsausgleichsgrund gelten, was bei den Reichstagswahlen nicht mehr der Fall sei. Wegen Wegens einer Fülle, einer geringen Quantität Milch oder einigen Medikamenten verliere ein Wähler sein Wahlrecht! Wenn wir daran im Augenblick nichts ändern können, so müßten wir doch wenigstens durchsetzen, daß der Verlust von Langenerholungsstätten in Ostpreußen das Wahlrecht nicht tangiere, ebensowenig als die Stillarbeit das tut. Die Oberverwaltungsgerichtliche Bescheidswandlung und deshalb sollten wir auch einem Bürger, der erst am 20. September ein Jahr in Breslau wohnt, weil er vorher in Soltau war, das Wahlrecht geben. Er kann doch nicht für seine Eigenschaft als Vaterlandsverweigerer mit Entziehung des Wahlrechts bestraft werden. Nebenbei beantrage, in den bezüglichen Fällen die Einsprüche für berechtigt zu erklären.

Stadtr. Heilberg beantragt, zwei Bürger noch nachträglich in die Wählerliste aufzunehmen. Im ersten Falle handelt es sich um einen Mann, der am 7. September 1910 24 Jahre alt geworden ist, also im November zwei Monate über 24 Jahre alt sein wird. Wenn auch das Oberverwaltungsgericht die Ansicht vertritt, daß Wähler nur der sein kann, der bis zum Schluß der Auslegungsdauer 24 Jahre alt ist, so braucht man doch dieser engen Auffassung umwinkiger umhin zu folgen, als bei der Reichstagswahl jeder wählen kann, der bis zum Wahltag 25 Jahre alt ist. Dann verlange ich, daß die Nummer 180 in der Wählerliste aufgenommen wird. Hier handelt es sich um einen Bürger, der erst nachträglich zur Steuer für 1910 veranlagt wurde, weil ihn die Behörde übersehen hat. Es ist also nicht seine Schuld, daß er die Steuer nicht rechtzeitig zahlte, und man kann gewiß mit Recht beantragen, daß er in die Liste eingetragen wird. Außerdem ist zu wünschen, daß in Zukunft die Wählerliste nicht nur von 10 bis 11 Uhr und von 3 bis 7 Uhr anhält, sondern auch in den späteren Abendstunden, so daß die Einkünfte den vielen Tausenden erwerblich wird, die täglich bis 7 und 8 Uhr Abends in der Werkstatt oder im landwirtschaftlichen Geschäft arbeiten müssen.

Stadtr. Albert: Auch ich möchte Sie bitten, in folgenden vier Fällen die weisere Auslegung des Gesetzes anzulassen. Einen Petenten, der nur das 2. Vierteljahr der Steuer nicht gezahlt, will Herr Heilberg nach gefogener Nachtrage selbst mit zur Aufnahme empfehlen. In einem anderen Falle hat man dem Bürger das Wahlrecht genommen, nur weil seinem Kinde einmal eine - Brille von der Armenverwaltung geliefert worden ist. Sicherlich hat der Vater nicht einen Augenblick daran gedacht, daß ihm wegen solcher Lappalie einmal das Wahlrecht genommen würde, sonst hätte er zweifellos die paar Pfennige bezahlt. Ein anderer Petent hat 170 Mk. Armenunterstützung bezogen, aber bereits 125 Mk. pünktlich zurückgezahlt, also ein lebhaftes Interesse an der Sicherstellung seines Wahlrechts bezeugt und ebendiesem ben guten Willen, seine Schuld voll abzutragen. Die Billigkeit erfordert, daß man auch diesem Bürger das Wahlrecht belasse. Noch krasser aber als alle diese Fälle ist der, in welchem dem Bürger das Wahlrecht genommen wird, nur weil seine Frau für ihren Säugling ein paar Liter Milch erhalten hat. Das kann man doch nicht als „Armenunterstützung“ betrachten, noch dazu, wo derselbe Mann, wenn er die Milch ankauft aus der Armenverwaltung durch die Milchkeuse bezogen hätte, seines Wahlrechts nicht verlustig gegangen wäre. Wir behalten uns vor, bei passender Gelegenheit die Staatsverordnetenversammlung zu ersuchen, gegen diese vom Gesetz lecher beschlossene Bestrafung der Armut beim Landtage zu petitionieren.

Stadtr. Dr. Reich behauptet diesen Fall, wo jemand sein Wahlrecht verlieren sollte wegen Säuglingsnahrung, die aus der Milchkeuse geliefert wurde. Es sei seinerzeit ausdrücklich beschlossen worden, daß mit der Lieferung von Milch an Kinder das Wahlrecht nicht verloren gehen solle. Er bitte in diesem Falle den Einspruch als berechtigt anzusehen.

Oberbürgermeister Dr. Bender erklärt, bei der Aufstellung der Wählerlisten könne man sich nicht nach dem guten Herzen richten, sondern nur nach dem Recht. Falls in einem bestimmten Falle die Aufnahme in die Wählerliste erfolge, wo die erhaltene Armenunterstützung noch nicht voll zurückgezahlt sei, könne das zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen.

Stadtr. Albert: Ich habe in diesem einen Falle seinen Antrag zurück.

Die Wählerliste folgender Bürger wurden für berechtigt erklärt und ihre Aufnahme in die Liste angeordnet: Czern, Seidel, Gonselle, Wattenkott, Polvermann, Grühl, Zvirner, Wandschneider, Krenzel, Häbner, Walter, Hoffmann, Lauer, Frenzel, W. Palmert, Seidel, Häbner, Müller, Anders, Fohrad, Schwabe, Häbner, Beyer, Gurtig, Gansert, Lehmann, Huber, Schöbner, Grotz, Neßlich, Andrejowski, Gaiser, Willems, Sialwa, Häbner, Walter.

Sommer, Dr. Sowiern, Varga, Vorjahr, Varnoi, Wurm, Wurm, Sobel, Koffa, Joba, Rohhaase, Renner, Kubial, Pischel, Morrell, Schumann, Hartmann, Schiller, Stader, Kunze, Seidel, Binner, Vogt, Amberg, Mos, Pels, Kundemann, Gubitz, Oppenheimer, Nilschke, Baum, Grotz, Grotz, Schwabe, Beyer, Metz, Taffi, Tige, Krens, Meier, Schäge, Weisker, Chmelik, Beh, Müller, Krastel, Kiesel, Dymle, Blümann, Seifert, Gansmann, Lehner, Kunze, Häbner, Wolff, Häbner, Blaska, Watsch, Häbner, Ganser, Sellner, Nitz, Vohl, Kramer, Wegner, Walbrant, Götzer, Kumbis, Guntz, Ernst, Mayer, Kitzner, Lindemann, Schmolter, Kubial, Kollubel, Kunze, Kollubel, Watschke, Böhm, Buchwald, Schlegel, Koll.

Aus den weiteren Verhandlungsgegenständen heben wir folgendes hervor: Für die Handwerker-Schule soll namentlich auf Wunsch der Regierung ein eigenes Heim errichtet werden. Der Meister, Stadtr. Dr. Wöhlauer, schilderte die bisherigen Mängel der Schule als in jeder Beziehung unzulänglich. Der Schule ist nun ministeriell die Bezeichnung „Handwerker- und Kunstgewerbe“ unter der Bedingung verliehen worden, daß innerhalb fünf Jahren ein Neubau errichtet wird. Er bitte die Vorlage unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Kosten des Baues eine Million nicht überschreiten und der Staat 80 Prozent der Kosten trage. Oberbürgermeister Dr. Bender wandte sich dagegen, daß ein Beschluß gefaßt werde, der dem Staat Verbindungen stelle, worauf ein Antrag des Stadtr. Damburger auf Aufschubberatung angenommen wurde.

Ueber geplante Änderungen in der Organisation der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschule referiert Stadtr. L. B. e. Die vier Stellen für nebenamtlich bei städtischen Dirigenten sollen wegfallen. Die Schule soll statt der bisherigen sechs in fünf Bezirksschulen geteilt werden, die hauptsächlich geleitet werden sollen. Dabei ist die Entlohnung der Schüler nach Berufsgruppen für den Fachunterricht vorgegeben. Auch diese Vorlage wurde dem Ausschuss überwiesen.

Ueber die Einführung der Arreststrafe als Schulstrafe referiert Stadtr. Prof. Dr. Seiffert. Geldstrafen, die über Schüler wegen Verschmähen der Schulpflicht oder großer Verstöße gegen die Schuldisziplin verhängt werden, treffen zumeist nur die Eltern oder Lehrherren. Werden die Geldstrafen aber nicht bezahlt, treten an ihre Stelle Haftstrafen, die im Gefängnis zu verbüßen sind. In beiden Fällen ist offenbar ein Unheilstand. Deshalb sollen künftig Arreststrafen bis zu sechs Stunden von der Schule verhängt werden können, die in der arbeitsfreien Zeit unter Aufsicht eines Lehrers zu verbüßen sind. Die körperliche Züchtigung soll in den Fortbildungsschulen ganz vermieden werden. Die Vorlage wurde angenommen.

Gegenüber zwei Grundstücksankäufen erg sich die Hausbesitzervereine wieder einmal auf ihren Standpunkt der Sparlichkeit zurück und lebte es ab, in Cosel je ein Grundstück für 82.000 und 18.570 Mark zu erwerben, trotzdem der Oberbürgermeister darauf hinwies, daß die Stadt dort kein Land habe, ohne das was anverkauft wurde und daß nach Veröffentlichung des Verkaufsplanes für Cosel das Land im Preise steilen werde. Dagegen stimmte die Versammlung dem Verkauf des Schäfergrundstücks in Lysine für 2200 Mark ohne weiteres zu.

Gegenüber wurde der Ankauf eines Grundstücks in Gerdain, der aus der Stiftung „Stephanische Vermögenszähler“ erfolgt.

Für Instandsetzung des Hauses Weißerbergasse 58 wurden 2000 Mk. bewilligt. Eine weitere Vorlage, 6000 Mk. zur Verbesserung des Hauses Weißerbergasse 24 zur bewilligen, wurde dem Ausschuss überwiesen.

Ueber die Bewilligung von 2000 Mk. für den vom 6.-9. Oktober in Breslau stattfindenden Fortbildungsausschultag referiert Stadtr. Albert. Er erklärt sich im Allgemeinen gegen die Bewilligung solcher Beihilfen zu Kongressen, bittet aber in Anbetracht des hier vorliegenden guten Zweckes die 2000 Mk. ausnahmsweise zu bewilligen. Die Vorlage wurde angenommen.

Für die Errichtung einer Serum-Untersuchungsanstalt in dem Laboratorium der dermatologischen Abteilung des Allerheiligenhospitals fordert der Magistrat nachträglich die Genehmigung sowie 2655 Mk. Kosten für das laufende Halbjahr. Stadtr. Dr. Reich begründet die Vorlage, die hierauf genehmigt wurde.

Die Kosten der Schlämmung des Schottaltisches in Ostpr., die sich auf 225 Mk. belaufen, werden genehmigt.

Für den Druck lithographischer Beilagen zu einem Ansahe über die Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Breslau werden 200 Mark gefordert. Stadtr. Brosig empfiehlt die Annahme der Vorlage, die Versammlung beschloß dementsprechend.

Die Firma Schelling und Grünbaum hat 20.000 Mark angeklagt zum Zweck der Unterstüzung ihres Personals und, sofern die Firma einmal reiflich, zur Unterstüzung von Breslauer Schneidern. Wegen Untätigkeit in der Fassung des Statuts wurde die Vorlage in den Ausschuss verwiesen.

Die Lieferung von Fleisch- und Fettwaren wurde dem Fleischermeister Paul Knobloch für das Arbeiterhospitals, dem Fleischermeister Verold Krause für das Wenzel Handelse Krankenhaus, dem Fleischermeister Max Feiner für die Wenden-Heilanstalt und dem Fleischermeister Paul Knobloch für das Pflegehaus in Herrnhut übertragen.

Mit der Gemeinde in Ostpr. wird ein Vertrag geschlossen, wonach die Gemeinde aus den städtischen Gaswerken mit Leucht- und Kochgas versehen wird und zwar wird das Gas zu einem nun zwei Pfennige höheren Preise als in der Stadt abgegeben. Die Beihilfe der Stadt zur Straßenbeleuchtung in Ostpr. wird von 250 auf 450 Mark erhöht.

Zu Beginn der Sitzung hatte Oberbürgermeister Bender die Einführung des neugewählten Stadtrats Dr. Richter vollzogen und dabei seiner bisherigen kommunalen Tätigkeit rühmend gedacht. Am Schluß folgte eine geheime Sitzung.

Die überwundene Krise.

Die Macht des Hochwassers des Septembers 1910 ist gebrochen. Katastrophale Ereignisse wie 1903 sind nach aller Voraussicht nicht zu befürchten, langsam aber stetig fällt das Hochwasser. Nur einige wenige Herren werden mit sauren Gesichtern und gemühten Gesichtern diese Volksschlacht hören, bedeuten sie doch für die gestern bereits gekennzeichneten amtlichen Stellen eine so eklatante Niederlage ihrer gesamten Politik. Man weiß, daß wir für ihr Renommee von jetzt ab erst recht nicht einen roten Heller brauchen. Das bekannte Sprichwort: Es bläut sich jeder, so gut wie er kann, haben diese amtlichen Herren wieder einmal glänzend wahr gemacht. Sie können sich trösten mit den Herren Astronomen, die in gleicher Weise über den Halbeschen Kommen das unglückliche Zeug zusammen geschrieben hatten und dann durch die Tatsachen zu Phantasten gefesselt wurden. Ob aber das jüngste Hochwasser die schon sehr bejahrte Hochwasser-Schuld angelegenheit jetzt beschleunigen wird, wegen wir trotzdem nicht zu hoffen, dazu sind die „Stellen“ viel zu verbohrt, von Altschulden verputzt usw., denn dieses Mal sind ja keine Häuser eingestürzt, keine Menschen ertrunken, - es ist alles gut gegangen, also wir „erwägen“ weiter. Leider machen die „Stellen“ die Bedingung ohne uns, denn jetzt werden wir mit unserem Volkswort für etwas Bewirkung sorgen und jene Bureaukraten nicht eher zur Ruhe kommen lassen, als bis wir sehen, daß nun endlich Ernst gemacht wird. Der bisherige Zustand des Dahindämmerns ist jetzt für sie beendet.

Es nun aber auch ein weiteres Wachen nicht zu befürchten, der Hochwasserstand ist immerhin noch gefährdend genug und fordert so fortgesetzter Wachsamkeit auf.

In unserem gestrigen Bericht hatten wir gemeldet, daß speziell an zwei Stellen Gefahr in Bezug sei und zwar gegenüber der Kallenbach'schen Schwimmhalle, und dann an dem Rechen der Mühlen. Erreichterweise ist an beiden Stellen das Gefährliche nicht eingetreten, gegenüber der Kallenbach'schen Schwimmhalle haben die rasch errichteten Schutzvorrichtungen Standgehalten, während durch den nicht weiter machenden Hochwasserstand für die Mühlen die Gefahr des Ueberflutens abgemindert wurde. - Nachher in Ergänzung der gestrigen Schilderung noch einige Einzelheiten:

Der von der Hochwasser auf dem Hochwasser genehmigten (legenden Seite nach der Passstraße führende Promenade) weg ist in seinem niedrigen Teile unter Wasser. Die Wellen der alten Oder sollen bis an die Rückseite der Häuser der Passstraße hinan. - Von dem an den Herdenteller See angrenzenden Ausschichtpunkt bietet sich ein wohl noch nie gesehener Anblick. Zwischen der Villa Veffer, den Anlagen und einigen Wilhelmstrüher Häusern deutet sich in stiller Ruhe ein unabsehbarer See, aus dem in weiter Ferne melancholisch einige Duden hervorragen, die das ehemalige Vorhandensein des Familienbades in Erinnerung bringen. - Auf der Rückseite dieses Bades der bis fast an Dammhöhe heranreichende Umgangsanale, unter dem wohl in Metzereibbe die Wilhelmstrüher Schrebergarten rasch absterben. Das gleiche trostlose Bild breitet sich vor den Augen. Einem des weiten Oase selbst wegs aus. Die alte Oder, sonst ein Pfaffen von einigen wenigen Metern, fällt jetzt die Mulde zwischen Oasefeldweg und dem gegenüberliegenden Damm fast erschlos, versunken sind Wiesen und Sportplätze, an ihrer Stelle hielt sich bedächtig ein häßlich-grauer See, der an das Tot Meer gemahnt.

Ein sehr in Anspruch genommener Ausschichtpunkt ist die Unterverstärkung, an die von drei Seiten der Oberwogen heranfließen. - Unter der Sandbrücke fast unter Strom in einer Tiefe von knapp einem Meter hindurch und fast wie die wilde Jagd über das Wehr. - So ist überall die Signatur entlang der Oder; doch glücklicherweise innerhalb des Wehrbades keine Ansaufung, die den Verkehr hindert. Die Verkehrsstörung auf der Morgenauer Chauffe ist inzwischen beseitigt worden, die Gräbnerer Elektrische verkehrt jetzt wieder bis an die Endstation Morgenauer. Jeweilig die Keller der angrenzenden Häuser durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden sind, müssen erst die nächsten Tage lehren, wenn das Hochwasser sich verlaufen haben wird.

In der Pregel in Neuhau

Hätte man zur Rettung der dort beschäftigten Arbeiter nicht das geringste unternommen. Nicht einmal einen Kahn hatte diese mitten im Hochwassergebiet liegende Pregel aufzuweisen. Was so waren denn Sonntag Nacht die Arbeiter gezwungen, in Waller die ganze Nacht hindurch bis zum frühen Morgen auszuharren. Wenn nicht zufällig ein Schlepper vorübergefahren wäre, der fünf der Arbeiter, die ihnen am nächsten waren, mitgenommen hätte, so wären sie wohl noch heute im Wasser! Wie haben, als uns gegen Mittag diese Tatsache bekannt wurde, sofort telefonisch die Oberkommandantur gebeten, ein Motorboot hinaus zu senden, Lebensmittel mitzunehmen und den noch zurückgebliebenen Arbeitern Hilfe zu leisten, welchen Verlangen man auch nachzukommen versprach.

* Die Städte und die hohen Fleischpreise

Die amtlichen Mitteilungen des Chemnitzer Stadtrates melden folgenden Monatsbericht:

„Das Wahlrechtspostamt hat eingehende Erörterungen über die Höhe der Fleischpreise in Chemnitz angestellt, die ergeben haben, daß die Minderpreise (34,8 Prozent) des gesamten Fleischbedarfs) seit Monat Mai d. J. so hoch gestiegen sind, daß sie die hohen Preise des Jahres 1906 erreicht, zum Teil sogar überschritten haben, wogegen die Schweinepreise (47,94 Prozent des Gesamtbedarfs) im September 1909 ihren Höhepunkt erreicht haben und seitdem in steter Abwärtsbewegung begriffen sind.“

Wenn nun auch die Preissteigerung beim Rindfleisch infolge der Verbilligung des Schweinefleisches zurzeit noch nicht so hart empfunden wird, als im Jahre 1908, wo gerade das von der minderbemittelten Bevölkerung bevorzugte Schweinefleisch hoch im Preise stand, so gibt doch das außerordentlich starke Steigen der Rindfleischpreise zu schweren Besorgnissen Veranlassung und der Rat beschließt daher, bei der königl. sächsischen Staatsregierung vorstellig zu werden und diese zu ersuchen zu prüfen, welche Maßnahmen zur Hebung der die Volkswohlfahrt schädigenden ungenügenden Zustände auf dem Fleischmarkt ergriffen werden können.“

In Breslau werden sich Magistrat und Stadtverordnete in den nächsten Tagen mit dem gestern mitgeteilten sozialdemokratischen Antrage beschäftigen.

* Ein Mittelstandsblatt über den Kampf gegen die Konsumvereine. Die „Westdeutsche Mittelstandszeitung“ vom 27. August enthält einen Artikel, in dem die Stellung der modernen Wissenschaft zur Mittelstandsbeziehung dargelegt wird. Darin werden auch folgende Ausführungen gemacht:

„Forderungen einzelner Mittelständler an den Staat oder die Gemeinden, die verlangen, Konsumvereine oder Warenhäuser möchten derartig mit Steuern belastet werden, daß ihnen die Freude am Dasein vergehe, werden in wissenschaftlichen Kreisen schroff zurückgewiesen. Sie sind ebenso unsinnig wie das Verlangen nach Verbot oder Konfessionierung dieser beiden ihnen höchst unangenehmen Konkurrenten. Was hier seitens des Staates gemacht werden kann, ist, Schutz gegen Auswüchse zu gewähren.“

Leider vergeht kaum eine Mittelstands-, Handwerker- oder Händlertagung, in der nicht diese „unsinnige“ Forderung erhoben wird. Und aus Gründen des politischen Stimmensanges machen Leute diesen „Unsinn“ mit, die wissen, daß er unausführbar ist.

* Die städtischen Volksbibliotheken. Am 8. Juni wurden die siebente städtische Volksbibliothek, die Promnitz-Bibliothek, und die vierte Lechalle durch Stadtschulrat Dr. Pöck der öffentlichen Benutzung übergeben. Die Volksbibliothek VII (Promnitz-Bibliothek) enthält 4200 Werke in 4800 Bänden. Die Zahl der Ausleihungen betrug im Monat Juni 2995 Bände. Es sind in dem Geburtsmonat 742 Leser eingetragen; diese Biffer ist bei der Volksbibliothek VI in deren Geburtsjahre 1900 erst in vier Monaten erreicht worden.

Die 6 anderen Volksbibliotheken haben in dem Vierteljahr April-Juni 1910 207.096 Bände ausgeliehen, im entsprechenden Quartal 1909: 217.249 Bände. Der Rückgang ist zu erklären durch die allseitige Witterung im Monat Juni, die viele Besucher, besonders während der Festwoche, den Volksbibliotheken fernhielt.

Die Gesamtzahl der Leser betrug Ende Juni 1910 in den sechs Volksbibliotheken 24.882 gegen 25.189 Ende Juni 1909, der Grund für die Verminderung um 307 Leser ist wohl hauptsächlich in der bekannt mangelnden räumlichen Verhältnisse der Volksbibliothek II (Tafelstraße) zu suchen, deren Leserzahl im Monat Juni auch vor der neueröffneten Volksbibliothek VII stark beeinflusst wurde.

* Ein frommer Süßling stand in der Person des Franziskanerpaters Josef Krauer vor der Breslauer Strafkammer. Heute war ein Schulknaus aus Peterwitz, der in dem Gelehrtenheim in Allenhöl untergebracht gewesen war, wo Krauer Abteilungsleiter war. An diesem Knaben hatte sich der fromme Herr in wiederholten Fällen unzüchtig vergangen. Die ganze Verhandlung fand unter Aufsicht der Öffentlichkeit statt und endet mit der Verurteilung des frommen Süßlings zu sieben Monaten Gefängnis.

Bermischtes.

Auf eine wichtige und häufige Ursache der Geschlechtskrankheiten ist unlängst wieder von behördlicher Seite die Aufmerksamkeit gelenkt worden: das württembergische Ministerium des Innern hat an die Oberämter, Oberamtsphysikate und Ortsphysikate einen Erlaß betr. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassen, in dem es u. a. heißt: „Auch der Kampf gegen den Alkoholismus dient mittelbar der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Es sollten daher auch aus diesem Gesichtspunkt die Bestrebungen der den Alkoholismus bekämpfenden Vereine inwieweit gefördert werden. Gegen sogenannte Kalmierkeise ist mit Strenge einzuschreiten.“

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 13. September:
 Baudelegierten-Versammlung (Central-Verband der Maurer) Abends 8 Uhr im Zimmer 1.
 Selbst-Metallarbeiter. Versammlung im Zimmer 3.
 Mittwoch, den 14. September:
 Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
 Brauereiarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saal.
 Löffler-Verband. Versammlung im Zimmer 2.

Donnerstag, den 16. September:
 Stübchen des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsabend von 6 1/2-8 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land-Neumarkt).
 Land-Distrikt 3. (Bezirk Mariäbischen) Sonntag, den 18. September, Nachmittags 1 Uhr: Zusammenkunft und Wahltag in Klein-Mochern beim Gastwirt Herrn Ulrich. Das Erscheinen aller Mitglieder im neuen Lokal ist notwendig. Der Bezirksführer.
 Land-Distrikt 1. (Bezirk Gräbchen, Opperau und Groß-Mochern.) Mittwoch, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Müller in Gräbchen. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Schramm. Abrechnung vom Distrikt-Rat. Bericht von der letzten Delegierten-Versammlung. Frauen sind besonders eingeladen.

Hartlieb, Kriestern und Umgegend. Öffentliche Volksversammlung. Mittwoch, den 14. September, Abends 8 Uhr, bei Kieder. Redateur Albert spricht über das Thema: Der Krieler und das Volk.
 Bries. Gewerkschaftskartei. Donnerstag, den 22ten September, Abends Punkt 8 Uhr: Sitzung.
 Strehlen. Gewerkschaftskartei. Dienstag, den 13ten September, Abends 8 Uhr: Sitzung bei Hoffmann.
 Viegau. Gewerkschaftskartei. Donnerstag, den 16. September, Abends 8 1/2 Uhr: Sitzung.

Schweidnitz. Gewerkschaftskartei. Dienstag, den 13. September, Abends 8 1/2 Uhr: Monatsfeier in den 3 Tauben, Nonnenstraße.
Striegau. Gewerkschaftskartei. Dienstag, den 13ten September, Abends 8 Uhr: Sitzung in der Bierquelle im Graben. Hierzu sind eingeladen die Vorstände des Turn-, Gesang- und Radfahrvereins. Die Kassierer werden ersucht, die Fremdenmarken abzurechnen und die Karten vom Gewerkschaftsfeiernschleim abzugeben.
Glauz. Wahlverein. Sonnabend, den 17. September, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.
Bunzlau. Gewerkschaftskartei. Mittwoch, den 14ten September, Abends 8 Uhr: Sitzung in den „Drei Kronen“.

Aus der Geschäftswelt.

Die gefährlichste Zeit des Säuglingsalters ist die Periode der Zahnung und Entwöhnung, weil in diesem Alter die Durchfälle am häufigsten auftreten. Den besten Schutz bietet eine rationelle Ernährung mit „Rufete“ und Milch, wodurch die Verdauung gefördert und geregelt wird. 8824

Am 11. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser werter Kollege, der Kohlenfahrer

Franz Rieger

im Alter von 44 Jahren. 4519

Ein ehrendes Andenken sichern ihm

Seine Kollegen vom Kohlenlager 4 des Breslauer Konsum-Vereins.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus Uferstrasse 50, nach Oswitz.

Am 11. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Kohlenarbeiter

Franz Rieger

im Alter von 44 Jahren. 4517

Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus Uferstrasse 50, nach Oswitz.

Am 11. d. Mts., Abends 6 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, unser guter treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Böhm

im Alter von 55 Jahren. 4507

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Die Hefttrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Halle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Posenerstrasse 55.

Am 11. d. Mts. verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Freund und treues Mitglied, der Restaurateur

Bruno Mantke.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm 4514

Lott.-Verein „Zur Gröditzburg.“

Beerdigung: Mittwoch, den 14. d. Mts., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus Promnitzstrasse 38 nach Cosel.

Für die wohlthätigen Beweise der Teilnahme beim Hingang meiner lieben Frau

Käte Seidel geb. Kaufmann

sowie für die zahlreichen Kranzspenden, sage ich hiermit allen Verwandten, Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Breslau, den 13. September 1910.

Karl Seidel.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 14. September, 7 1/2 Uhr:
 Eröffnungsvorstellung.
 „Don Juan und Faust.“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Don Juan und Faust.“
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 „Fausthäuser.“
 Samstag 7 1/2 Uhr:
 „Madame Butterfly.“

Lobe-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
 „Wenn der junge Wein blüht.“
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 „Die stiltliche Forderung.“
 „Die Erziehung zur Ehe.“
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 „Der Graf von Luxemburg.“

Schauspielhaus

Heute, Dienstag 8 Uhr:
 Zum letzten Male:
 „Der grosse Name.“
 Mittwoch, Donnerstag, Freitag 8 Uhr:
 Letzte Schauspielvorstellungen:
 Gastspiel
 Maria Kelsenhofer
 Hermann Hücher
 „Sodoms Ende.“
 Sonnabend 8 Uhr:
 Eröffnung der Winterspiels:
 „Faintza.“

Liebig's Etablissement

Sylvester Schäffer Jr.

Walter Steiner,
 Lily Walter-Schreiber
 etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Das grosse
 Eröffnungs-Programm.
 12 Attraktionen. 12

Anfang 7 1/2 Uhr.
 Preise wie gewöhnlich.
 Band Wochen- und gütlich.

Zeltgarten

Dir.: H. Kralnsnik.
 Nur noch 3 Abende
 hat brillante
 Programm.
 Ab 16. September:
 Eröffnung der
 Wintersaison
 mit Reiseprogramm.

Palmengarten.

Dir.: H. Kralnsnik.
 Heute Dienstag:
Einweihung
 der neuen
 Dekoration.
 Anfang 7 Uhr.
 2 Kapellen.

Zurückgekehrt

Dr. Traugott.

Zurückgekehrt [4472]

Dr. Artur Lindner

für Nerven- und Herzkrankheiten
 Gräbchenstrasse 5, Sonnensplatz.

Ein junger
Kürschner - Gehilfe

am Putzer, Galanterie und Uniformhaken
 gut eingerichtet 4508

per sofort gesucht.
 R. Kary, Gielwitz, Beuthenerstr. 5.

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
 ff. Leber- und Brustweir
 nach Thüringer Art.
 Memmert
 1/2 Pfd. 20 Pfg.
 Bei ein Pfd. Entnahme
 75 Pfg.

Hildebrand,
 Rosenhalestrasse 4
 und beide Markthallen.

Schweinefleisch

Nach 65 Pf. Reife, Curry u. Würstchen 75 Pf., Rindfleisch zum Kochen 70 Pf., Rindfleisch 85-90 Pf., Schafes 70 Pf., Schweinefleisch 70 Pf., Rindfleisch 80 Pf., Rindfleisch 80 Pf., ausgelesenes Fett 90 Pf. 4512

Meischerei Trebnitzerstr. 18.

Rohtabake

in großer Auswahl zum besten Billigst

Carl Rother & Rode
 Breslau I, Gummerei 26.

Geübte Näherinnen

auf bunte Mannshemden, welche flott liefern können, finden dauernde Beschäftigung. Meldung mit Proberarbeit bei

Gebr. Bannas, Carlsstrasse 31.

EUBIOSE

das wirksamste
 Kräftigungsmittel
 Preis M. 2.25 pr. Flasche
 Prospekte u. ärztl. Gutachten durch
 Eubiose Fabrik Klein Flotbek

Original-Phönix-
Nähmaschinen

für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Aussticken besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen

Jul. Dressler & Co.
 Breslau, Ring 6.

Anwärts franko
 Bahnhstation.

Grösste Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie und das Heer

Preis 10 Pfg.

Buchhandlung Volkswacht.

Berichtigung!

Die Eröffnung des
Zigarren- u. Papiergeschäfts
 von Oswald Friedrich, Reifstr. 10
 findet
 Mittwoch, den 14. d. Mts. statt.
 „Reformier“ etc. all. Täglich!

Union-Mercor verbanen Ihre Vorkauf
 bei Ihrer vorzüglichen Bekanntheit.

Bettfedern und fertige Betten.

Neu!  **BLUES** 3.20

Spez.: Brautausstattung.
 Preisliste gratis und franco.
Julius Immerstück
 Bresl. Sauerstr. 32/33.

Eleg. Herren-Anzüge

aus englischen 18 Mts., verkauft
 1/20 Antonenstr. 28, 1. Stg.

Flüss. Metallputz

Putzin

Macht das schmutzigste Metall
 in Nu blitzblank

gebrauchte Singer-Maschine
 für 22 Mts. und 1 Knopfmach-Maschine.
 tabellos u. billig b. Rosenfeld, Neumarkt I.

Ziehung schon nächste Woche!
 Ich empfehle:

Aachener Dombau-Geld-Lotterie

Lose à 3,50 Mk., Porto u. Liste 30 Pf. extra.
 Hauptgew.: 100000, 40000, 20000, 10000 bar Geld.
 Ziehung 20. und 21. September er.

Allensteiner Ausstellungs-Lose

à 1 Mk., 5 Lose für 4.70 Mk., 11 Lose für 10 Mk.
 Porto und Liste 30 Pfg. extra.
 Hauptgewinne: 40000, 20000, 2 x 5000 Mk. Wert.
 Für sämtliche Gewinne sind Käufer mit 90% bar vorhanden.
 Ziehung 5. bis 7. Oktober er.

B. Klement, Breslau I, Ring 22
 geradeüber vom Schweidnitzer Koller,
 Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.

Die spanische Hausfrau bevorzugt mit Recht

Wolters echten Malz-Kaffee. (Auf Wunsch mit wertvollen Zugaben).

Persil

wäscht schnell, mühelos und billig bei grösster Schonung der Wäsche!

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf,
 auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten

Henkel's Bleich-Soda.

Wir empfehlen:

Was will die Zeit?
Leitsätze des Sozialismus.

Ein von **Eduard Bernstein** herausgegebenes
Brevier aus den Schriften der Begründer und Grossmeister des sozialen Gedankens und der modernen Gesellschaftslehre, wie:
Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle, Rodbertus, Proudhon, Robert Owen u. a.
 Gute Remittenden-Exempl., bisheriger Preis 1.80 für nur 50 Pfg.
 Buchhandlung Volkswacht.

Wir empfehlen:

August Bebel
Aus meinem Leben.

Brosch. Mk. 1.50, gebd. Mk. 2.00,
 auch in 15 Heften
 à 10 Pfg.

Zu beziehen durch die
 Buchhandlung Volkswacht.

Partei-Angelegenheiten.

Parteiliteratur. Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ sind vor einigen Tagen zwei Arbeiten erschienen, welche sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen und zwar zunächst ein umfassendes Werk des Genossen Paul Gähre, welches den Titel führt: Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. Preis brosch. 12,50 Mk., Halbband 18 Mk.

An der Entstehung und Entwicklung einiger deutscher Konsumvereine schildert der Verfasser in eingehender Weise die einzelnen Arten dieser Vereinsbildungen. — Gähre hat das Material zu seinem Buche aus den Aktenstücken der geschilderten Vereine mühsam zusammengetragen. Die bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Schilderung läßt erkennen, welche Widerstände zu überwinden sind, um die Konsumvereine zu einer Machtentfaltung zu bringen, wie sie alle Freunde der Bewegung erstreben.

Außerdem ist eine Broschüre der Genossin Gertrud David zur Ausgabe gelangt, betitelt: Sozialismus und Genossenschafts-Bewegung. Preis 1 Mk., Volksausgabe 50 Pf.

Aus dem Inhalt geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder: Der Sozialisierungsprozeß der Gesellschaft. Der Genossenschaftsgedanke in der Geschichte des Sozialismus. Die Produktiv-Genossenschaft. Die Konsumgenossenschaft. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Grenzen der Genossenschaftsbewegung und ihre Beziehungen zu den anderen Stufen der Genossenschaftsbewegung.

Da sich auch der deutsche Parteitag in Magdeburg mit der Genossenschaftsbewegung befassen wird, werden diese Neuerscheinungen sehr sicher Interesse begegnen.

Arbeiterbewegung.

Permutation in einer Glasindustrie. Die Permutation, insbesondere die Permutationen der Arbeiter, ist in Deutschland nur in wenigen Bezirken verbreitet. Sie hat ihren Hauptsitz am Ruppinerberg in den Orten Krausenhausen, Klettra, Berga und einigen kleinen Dörfern. Wohl an 800 Personen werden hier beschäftigt. Die Permutation ist trotz aller Bemühungen der Organisten noch weit verbreitet. Ganze Familien, Mann, Frau und Kinder, müssen bei dieser ungesunden Arbeit von früh bis spät in die Nacht tätig sein, um ein notwendiges Auskommen leisten zu können.

Die Permutationen werden den Arbeitern zugemutet: täglich sieht man die Familienangehörigen mit den fertigen Knöpfen und den Abfällen nach der Fabrik wandern und dort in langen Reihen ihre Ware abliefern. Erst in den letzten Jahren hat sich in den Hauptorten der Industrie, in Krausenhausen, Klettra und Berga, die Produktion mehr in fabrikmäßiger Weise herausgebildet. Aber auch hier werden Frauen und jugendliche Arbeiter in großer Anzahl beschäftigt. In Krausenhausen z. B. kommen rund 100 Erwachsene und 200 jugendliche und weibliche Arbeiter in dieser Produktion in Frage.

Mit Unterstützung des Holzarbeiterverbandes haben diese gut organisierten Arbeiter im letzten Jahrzehnt recht schwere Kämpfe zur Verbesserung ihrer Lage geführt, ohne daß die Löhne sich schon als auskömmliche bezeichnet werden können. Es ist keine Seltenheit, daß jugendliche Arbeiter auch heute noch mit einem Wochenverdienst von 2 bis 3 Mark nach Hause gehen müssen, und für eine ganze Anzahl weiblicher Arbeiterinnen ist der Lohn nicht höher, während der Durchschnittsverdienst für die männlichen Erwachsenen kaum 18 Mark pro Woche beträgt. Bei einem wöchentlichen Kampf, der vor einigen Jahren in den genannten Orten geführt wurde, gelang es, die Lohnsätze erheblich aufzubessern, woraus sich jeder ein Bild machen kann, wie die Arbeiter vorher beschaffen gewesen sind.

Daß es so schwer ist, die Löhne auf eine angemessene Höhe zu bringen und die Arbeitszeit auf ein annehmbares Maß zu beschränken, ist vornehmlich auf die außerordentlich große Konkurrenz, die den Knöpferarbeitern durch die böhmische Industrie be-

reitet wird, zurückzuführen. Dort an der deutschen Grenze sind Hunderte von Arbeitern mit der Herstellung von Knöpfen in der Heimindustrie beschäftigt und werden dort Löhne bezahlt, die aller Menschlichkeit Schrei sprechen. Und, was das Schlimmste ist, die Depanlation kann in diesen Bezirken durch die unglücklichen Verhältnisse nur sehr schwer eingedämmt werden.

Gegenwärtig herrscht in dieser Industrie ein außerordentlich starker Mangel an Arbeit. Dieser sowohl, wie das vorhandene gute Organisationsverhältnis hat nun die Knöpferarbeiter am Ruppinerberg aufs neue veranlaßt, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten, die aber von diesen gänzlich abgelehnt wurden. In der letzten Woche ist es daher zur Arbeitslosigkeit der gesamten Knöpferarbeiter gekommen, an welcher rund 600 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Die so bedrückten Arbeiter bitten dringend, den Zugang nach dem Industriegebiet am Ruppinerberg fernzuhalten.

Eine Gewerkschaft gegen das Subventionswesen. Bekanntlich war das französische Gewerkschaftswesen bis vor kurzem zum guten Teil auf die Zuschüsse angewiesen, die von den Stadtverwaltungen den Arbeitsbüros gewährt wurden: ein Grund mit für die finanzielle Schwäche und Unselbständigkeit vieler Organisationen. Da nun die Gewerkschaftsbewegung einen Charakter angenommen hat, der den Behörden mißfällt, beschloß im vorigen Jahre der Pariser Gemeinderat, als Bedingung der weiteren Zahlung die Kontrolle der Bücher der Gewerkschaften durch einen städtischen Beamten zu fordern. Am 14. Januar beschloß die Vertreter von 131 Organisationen, diese Kontrolle zu verweigern und lieber auf den Zutritt zu verzichten. Und nun haben die Zimmerer beschlossen, unter keinen Umständen, selbst ohne Kontrolle, künftig noch eine städtische Unterstützung anzunehmen.

Zutreffend bemerkt dazu Richelieu im Traum des Gewerkschaftsverbandes: „Ein Beispiel, das allgemeine Nachahmung verdient. Es ist die schönste Antwort, die Organisationen mit Selbstachtung dem Präfekten und seinen Lakaien vom Gemeinderat geben können. . . . Man muß mit diesen Zuschüssen ganz ein Ende machen! Die Gewerkschaften müssen beweisen, daß die Stadt Paris ihnen mehr als 100,000 Francs nicht zuweist, damit sie ihre Aktion betreiben und der Verwaltung Schwierigkeiten machen. Der Zutritt ist für die Zimmerer eine gute Maßnahme, ein Sicherheitsventil des Sozialismus. Eine Zeitung bewilligt und am Vorabend einer großen Bewegung geschickt zurückzugeben, bedeutet er den Erfolg dieser Bewegung. . . . Andererseits müssen sich alle Gewerkschaften gewöhnen, zur Durchführung ihrer Unternehmungen nur auf sich selbst zu rechnen. Nur unter dieser Bedingung werden sie sich entwickeln. Aber das wird vielleicht das Schwerste sein, da man da mit den Genossen selbst zu tun hat.“ Er weist darauf hin, daß mit Hilfe des Zuschusses zahlreiche Beamte erhalten werden. Richtig bemerkt er: Entweder ist der Verband stark genug, sie zu beschäftigen, dann kann er sie auch mit den Beiträgen der Mitglieder erhalten. Oder er ist es nicht. Dann ist auch nicht genug Arbeit für einen Beamten vorhanden. Man sieht, wie das Zuschußwesen die Zersplitterung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften fördert.

Es wäre daher zu wünschen, daß Richelieu Rat allgemein befolgt wird, wenn er schlägt: „Die Subvention, selbst bedingungslos gegeben, ist der Faden am Bein. Mögen alle Gewerk-

schaften sich davon befreien! Mögen sie nach dem Beispiel der Pariser Zimmerer so für immer befreit sein, und die Gewerkschaftsbewegung wird einen neuen Aufschwung nehmen.“

Lohnbewegungen im Kartonagegewerbe. In Würzburg befinden sich zwei große Kartonagefabriken, die 400 Personen beschäftigen. Eine gut besuchte Versammlung befaßte sich mit der Durchberatung eines Tarifes und beschloß, den Tarif sofort an die Fabrikanten einzureichen. Gefordert wird Verfestigung der Arbeitszeit um drei Stunden pro Woche, Festlegung von Gesamtlöhnen — weil Arbeitbarkeit und bei dieser ständigen Arbeiterwechsel — und für Heimarbeiterrinnen für Del, Licht, Feuerung usw. 20 Prozent Lohnzuschlag.

In der chemischen Industrie und Asphaltwerke A.-G. in Worms a. Rh. wurde durch den Arbeiterverband nach vierzigstündigem Streik ein Lohnvertragsvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 8 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde teilweise um 15–30 Prozent erhöht, die Arbeitszeit an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 1 1/2 Stunde verlängert, Überstunden werden mit 10 bis 20 Pf. Zuschlag pro Stunde vergütet. Auch wird den Arbeitern vom dritten Jahre ihrer Beschäftigung ein Urlaub gewährt.

Die Lohnbewegung der Glanzarbeiter bei F. C. Wien-del in Vrenschick, Kreis Me., ist zugunsten der Arbeiter beendet. Die Firma bewilligte auf alle Sorten Lohnzulagen, die 50 Pf. bis 2,00 Mk. pro Wille betragen.

Die Lohnbewegung der Nordhäuser Tabakarbeiter konnte mit Erfolge beendet werden. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse betragen für die ausgemerkten 16 Jahre alten Arbeiterinnen 2 1/2 Pf., für Lehrlinge 2 Pf. und für männliche Hilfsarbeiter 3 Pf. pro Stunde. Eine Verammlung der beteiligten Arbeiterinnen beschloß, sich mit dieser Lohnzulage zufriedenzugeben.

Aus den Gerichtssälen.

Weshalb Anklagen erhoben werden.

Ein Konflikt zwischen Oberleutnant und Schuldtatlerlehrer beschäftigte die sechste Kassenkammer des Landgerichts I in Berlin. Wegen groben Unfugs war der Lehrling, Schützlehrling Adolf Kühne angeklagt. Als Verteidiger des Angeklagten trat der Anwalt Paul Burg von der Berliner Rechtsanwaltschaft auf. — Am 26. Februar d. J. war der Oberleutnant v. Nattenborn-Stachau als Aufwärtsoffizier zu der Fleischausgabe an die Berliner Regimenter auf dem Schlacht- und Viehhof abkommandiert worden. Die Fleischausgabe findet hier jeden Nachmittag an die Mannschaften der einzelnen Regimenter in einem besonderen Gebäude statt, das von der Stadt Berlin der Militärverwaltung unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden ist. In unmittelbarer Nähe liegt die Fleischerschule, in der an jenem Tage um drei Uhr der Unterricht für die Lehrlinge beginnen sollte. Vor Beginn des Unterrichts hatten sich mehrere Lehrlinge eingefunden, die dem Treiben der Soldaten neugierig zusahen. Als der Oberleutnant v. N. einen Soldaten wegen seines unsauberen Anzuges zur Rede stellte und diesem die Mißbeurteilung von Kopf bis Fuß eine mehrere Algorithmen heraus und dem Offizier vor die Füße. Dieser Vorgang rief unter den jugendlichen Zuschauern ein allgemeines Gelächter hervor. Der Offizier, der sich an demselben über die eigentliche Ursache der Heiterkeit in einem Zerknirschung fand, beorderte die Lehrlinge, um die jungen Leute zu zwingen. Da sich die Lehrlinge diesem Auftrage wohl nicht mit besonderem Eifer entledigten, und außerdem der Angeklagte beim Zurückgehen über den hinter ihm stehenden Kopf eines anderen Lehrlings stolperte und zu Boden fiel, war dies für die jungen Leute ein neuer Anlaß zu einem Gelächersausbruch. Der Offizier, der sich offensichtlich hierüber ärgerte, schloß einem Befehlen, den Angeklagten zu verhaften und zur Polizeiwache

Auch ein deutscher Professor.

Ein Jahrhundert etwa ist verstrichen, seitdem die großen Meisten die ersten Samen der Sozialismus gestreut haben, ein halbes, seitdem Karl Marx sein großes theoretisches Werk aufbaute und Lassaue den damals ungeheuerlichen Gedanken einer Organisation und politisch-ökonomischen Schulung der Arbeitermassen in die Tat umzusetzen versuchte. Wenn wir diese verhältnismäßig langen Zeiträume hervorheben, so soll es nicht scheinen, damit sich das Proletariat an dem inzwischen erfolgten Fortschritt seiner organisatorischen Tätigkeit weiden, sondern im Gegenteil, um ihm zu zeigen, daß es noch einer ungeheuren Anstrengung bedarf, um das große Ziel der Befreiung vom kapitalistischen und jüdischen Joch zu erreichen. Die Fortschritte im gewaltigen Emanzipationskampf hat das Arbeitervolk einzig sich selber zu danken, weil der Staat und die bürgerliche Gesellschaft alles taten, um ihm den Weg zum Ziel zu versperrten. Aber auch im Proletariat selbst fehlte es anfänglich nicht an Fäulern über den Weg, und diese Anerkennung sind die Kämpfer denen schuldig, die ihnen rechtzeitig die rechte Strategie beigebracht haben. Zu diesen Wegweisern darf sich mit Stolz ein Mann rechnen, der 1875 zwar als deutscher Professor geboren ist, aber bis zum letzten Atemzuge nichts von den fatalen Bedenkllichkeiten des deutschen Gelehrten in sich getragen hat. „Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft“, beleuchtet von Dr. Fr. A. Lange, heißt eine 1865 in Duisburg erschienene Schrift, die mit einem ausgezeichnet unterrichtenden Vorwort von Franz Mehring versehen, in diesen Tagen von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin neu herausgegeben worden ist. Lange hat dem „Endziel“ des proletarischen Befreiungskampfes mit festem, klarem Blick entgegen geschaut und ist als Sohn eines evangelischen Geistlichen keinen Augenblick vor diesem Ziel zurückgeschreckt.

„Wenn man wählen müßte zwischen dem Kommunismus mit allen seinen Chancen und dem gegenwärtigen Gesellschaftszustand mit allen seinen Leiden und Ungerechtigkeiten, wenn die Institution des Privateigentums es als notwendige Folge mit sich brächte, daß das Ergebnis der Arbeit sich so verteilt, wie wir jetzt sehen, fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit. . . . wenn, sagen wir, die Alternative wäre: dies oder der Kommunismus, so würden alle Bedenkllichkeiten des Kommunismus, groß wie klein, nur wie Spreu in der Wagschale sein.“

Und ein anderes Wort noch von Lange:

„Nichts bringt die Gefahr einer großen und verwüstenden Explosion im Völkerverleben näher, als wenn eine gebildete und von allen höheren Genüssen im Leben angeschlossene Volksklasse zum Bewußtsein ihrer Macht und ihrer

höheren Ansprüche erwacht, während die herrschenden Klassen ihr nicht mehr mit dem starren Trotz des natürlichen Übermuts entgegen treten, sondern mit einem raffinierten System feiger Quertreiberei, pöflicher Dogmatik und bitterer Vorurteilung.“

Wir leben aber weiter, wie der Gelehrte, der mit scharfem Blick die Konsequenzen seiner Erkenntnis zieht und der ohne Scheu gegen die herrschenden Klassen seine Anklagen erhebt, demnach weit entfernt ist von der Ansicht, daß es die Verzweiflung im physischen Stand ist, die das Volk zum Kampfe entflammt. Er beruft sich auf den französischen Publizisten Tocqueville, der in seiner Geschichte der französischen Revolution darauf hingewiesen hat, daß die Revolution, deren eigentlicher Zweck Aufhebung aller Einrichtungen des Mittelalters war, nicht in Gegenden ausgebrochen ist, wo sich diese Einrichtungen und Gesetze am besten erhalten hatten, und wo ihre Strenge und Unbeugbarkeit auf dem Volke am schwersten lastete, sondern in Gegenden, wo solche sich weniger fühlbar machten, so daß ihr Joch am unerträglichsten dort zu sein schien, wo es in Wahrheit leichter als anderswo war. „Hieraus“, so schließt Lange, „folgt aber der aufrichtige Menschenfreund entnehmen, daß er sich gar nicht wundern, oder darüber erschrecken darf, wenn das Volk, dem er den kleinen Finger bietet, die ganze Hand verlangt. Es hat eben die ganze Hand nötig, und wird besten erst recht ihre, wenn ihm der Finger geboten wird.“

Das Mittel jedoch, das dem Volke zur ökonomischen und politischen Befreiung dient, sieht Lange in der Selbsthilfe. Selbstverständlich nicht in der von Schulze-Delitzsch und anderen Anhängern der damaligen Fortschrittspartei gepredigten Selbsthilfe des Sparens, mit deren Vorpiegelung der Liberalismus das allmählich unbehaglich gewordene Proletariat über seine Bedürfnisse hinwegzutäuschen versuchte. Auch weiß Lange klar zu unterscheiden zwischen der genossenschaftlichen Selbsthilfe, die Schulze damals mit beträchtlichem äußeren Erfolge dem Mittelstande predigte, und jenen vom Proletariat selbst geschaffenen Organisationen, deren Anfänge vor einem halben Jahrhundert nur in England vorkommen waren. „Die englischen Genossenschaften sind wirkliche Arbeiter-Genossenschaften. Sie streben mit Bewußtsein nach dem Ziel, einer Emanzipation der arbeitenden Klassen, von der Herrschaft des großen Kapitals. Ueber den „sozialen Frieden“ werden nicht viel Worte verloren. Der Engländer ist zu praktisch, um nicht zu wissen, daß es zunächst ein sozialer Kampf ist, den die Genossenschaften zu bestehen haben. . . . Die Vereinigung ist den Trägern der Genossenschaftsidee kein bloßes Mittel, um Kapital zu bekommen, sondern ein Anfang zur Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Genossenschaftlichkeit

ist ihnen eine Religion, ein Prinzip der Lebens- und geistigen Erneuerung des Menschen. Als der wichtigste Vorteil der Genossenschaften wird es angesehen, daß sie einen Anfang der Organisation des Arbeiterverbandes bilden, daß sie das Mißtrauen unter denjenigen aufheben, welche auf Zusammenhalten gegen Ausbeutung und Unterdrückung angewiesen sind. Durch die genossenschaftlichen Fabriken will man der schwachen Augen der Arbeiter, dem Neid, der hündischen Untertätigkeit entgegenwirken, welche als ebensoviel Krebsgeschwüre des Charakters gehakt werden. Der Konsumverein dient nur als Vorstufe zur Unternehmer-Genossenschaft.“

Der Gelehrte, der mit solcher Konsequenz vor bald einem halben Jahrhundert die Bedeutung der damals mit der Gewerkschaftsbewegung zusammen behandelten Genossenschaftsbewegung des Proletariats kennzeichnete, verleiht den Arbeiter nicht wieder einträglich auf die Notwendigkeit der selbständigen politischen Betätigung. Es ist nach ihm nötig, daß eine Berücksichtigung der Bedürfnisse des Arbeiterstandes in der Gesetzgebung durchgesetzt, daß das Recht zu Gunsten der Unterdrückten reformiert werde, daß die ganze Richtung der öffentlichen Tätigkeit mehr auf das Wohl der Massen hingelenkt werde. Und nicht minder nötig ist es nach Lange, daß der Arbeiter durch Teilnahme am öffentlichen Leben im Staat und besonders auch in der Gemeinde das Selbstgefühl wieder erhalte, dessen er zu seiner freieren und besseren Entwicklung bedarf. Um aber diese heute noch wie ehedem vom Staat und dem maßgebenden Schichten des Bürgertums bitter gehäbte und gefährdete Eigenschaft zu fördern, muß nach Lange der wichtigste Teil der proletarischen Selbsthilfe der politische sein. Die Arbeiter sollen ihr Augenmerk auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes richten; auch die Ereignisse in anderen Ländern beachten und fragen, wie sich dort die Arbeiter halten. Sie sollen dahin trachten, Einfluß im Staate zu gewinnen, was sie auch können, wenn sie sich an einfache Grundfragen halten, und in diesem einmütig auftreten.“

Diese Mahnungen an die Arbeiterklasse haben trotz aller Fortschritte, die der Befreiungsgedanke in den Massen gemacht hat, auch in der Gegenwart noch ihre hohe Bedeutung. Denn noch viel ist zu organisieren und zu agitieren, bis es gelingen kann, das Bollwerk des Kapitalismus zu brechen und den Staat des Proletariats zu sichern. Und wenn der Verfasser der „Arbeiterfrage“ im parteipolitischen Sinne des Wortes auch kein Sozialist gewesen sein mag, so atmet die Schrift dieses deutschen Gelehrten doch auf jeder Seite so viel Vertrauen in die Kraft des proletarischen Gedankens, daß auch heute noch jeder Arbeiter sie mit hohem Nutzen lesen und neuen Mut im letzten Befreiungskampfe aus ihr schöpfen wird.

... von Last befreit werden können zu lassen. — Wegen den 15jährigen Forderungen wurde ein Strafverfahren wegen großen Unfalls eingeleitet. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da es das Moment der Unfallschuld verneinte und das Verhalten des Angeklagten nicht für geeignet hielt, das Publikum in irgend einer Form zu bestrafen. Gegen das freisprechende Urteil wurde auf Verreiben der Militärbehörde vom Ocrien Staatsanwalt Verurteilung eingelegt. In der Verurteilung ist die Verurteilung der Staatsanwalt. In der Verurteilung ist die Verurteilung der Staatsanwalt. In der Verurteilung ist die Verurteilung der Staatsanwalt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. September.

Wann muß eine Wohnung geräumt sein?

Ueber diese Frage herrschen noch verschiedene Ansichten und Anschauungen, die sehr leicht zu Differenzen mit dem Hauswirt Anlaß geben können. Die Räumungsfrist hat das Bürgerliche Gesetzbuch nicht berührt. Trotdem gibt es darüber Polizeivorschriften, die selbstverständlich hundertfach verschieden sind, woraus sich auch die verschiedenen Ansichten und Auffassungen ergeben. Nur die Polizeivorschriften an jedem Orte sind also maßgebend. Bestehen keine solche Vorschriften, dann müssen sämtliche Wohnungen am Ende des ersten Werktages nach Beendigung des Mietverhältnisses geräumt sein.

In Breslau richten sich die Umzugsstermine nicht nach der Höhe der Miete, sondern nach der Zahl der Wohnzimmer. Die Räumung muß nach der Polizeiverordnung vom 29. Oktober 1874 beendigt sein:

1. bei kleinen, höchstens aus zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am ersten Quartalsstage;
2. bei mittleren, aus 3 bis 4 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am zweiten Quartalsstage bis 12 Uhr Mittags;
3. bei großen, mehr wie 4 Wohnzimmern und Zubehör umfassenden Wohnungen am dritten Quartalsstage um 12 Uhr Mittags.

Die verlängerte Räumungsfrist bei mittleren und großen Wohnungen wird nur mit der Maßgabe gewährt, daß bei Wohnungen, welche aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmer schon am ersten Quartalsstage vollständig geräumt dem neu einziehenden Mieter für die Unterbringung seiner Möbel usw. zur Verfügung gestellt werden. Unter Zubehör einer Wohnung sind Alkoven, Küchen, Kammern, Waderäume, Verschläge und Vorratskeller zu verstehen.

Was lehrt das Stellenvermittlergesetz?

Das am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tretende Stellenvermittlergesetz enthält für alle öffentlichen gemeinnützigen Anstalten die es bisher an einem organisatorischen Ausbau nach Zonenbezirken haben lassen, eine einheitliche Ordnung und zugleich einen Appell, das Verstumme binnen kurzer Frist nachzugeben!

Nach § 2 Absatz 2 des genannten Gesetzes ist nämlich die behördliche Genehmigung für den Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers wegen mangelnden Bedürfnisses dann zu verweigern, wenn für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfang besteht. — Man wird diese fraglose wünschenswerte Gesetzesbestimmung dahin zu interpretieren haben, daß die private Stellenvermittlung nur für solche Berufe ausgeschaltet werden kann, die bereits in den Aufgabenkreis eines öffentlichen Arbeitsnachweises ein entsprechender Erfolg gesichert ist. Das heißt aber Individualisierung und Spezialisierung der Arbeitsvermittlung voraus. Um ein Beispiel zu gebrauchen: In der Stadt Breslau besteht ein öffentliche Arbeitsnachweis, dessen Tätigkeit sich indessen nur auf die Vermittlung vorwiegend ungelerner Arbeiter beschränkt. In diesem Falle dürfte das Bedürfnis nach einem privaten Stellenvermittler etwa für die Angestellten des Galvanisiergewerbes oder für Diensthilfen und landwirtschaftliches Gesinde nach dem Sinne des Gesetzes schlechterdings nicht abzustreiten sein; es läge somit — vorausgesetzt, daß die in

den übrigen Gesetzesparagrafen enthaltenen Bedingungen zu treffen — nicht sehr Grund vor, einem sich neu etablierenden Stellenvermittler dieser Art die Konkurrenz zu verweigern. Der Stellenvermittler konnte also trotz des öffentlichen Arbeitsnachweises seinen Gewerbebetrieb unbehindert ausüben.

Tiefen Uebelstand zu beseitigen, haben alle öffentlichen Arbeitsnachweise die Pflicht, sich der Bildung vernünftiger Stellenvermittler die Arbeitvermittlung anzuschließen, um so Verursachern der Schäden der gewerbsmäßigen Vermittlung zu entziehen. Für die diese Kreis ein Monopol zu besitzen glauben. Aber noch aus einem anderen Grunde muß den öffentlichen Arbeitsnachweisen nahegelegt werden, eine planmäßige Ausdehnung ihrer eigenen Vermittlungstätigkeit — soweit es noch nicht geschehen ist — durchzuführen. Wenn man sich nämlich die Verursachung etwas näher betrachtet, die bei jeder der Transparenznahme bei privaten Stellenvermittlung angewiesen waren, so erkennt man, daß ihnen allen mehr oder minder charakteristische Merkmale anhaften. Es sind vornehmlich in der Entwicklung zurückgebliebene Berufe, in denen es teils an berufsgenossenschaftlichem Zusammenschluß fehlt, teils überlappende Arbeitsstellen und schlechte Lohnverhältnisse vorherrschen. Die wirtschaftlich schwächsten Klassen des Volkes, die am meisten unter Ausbeutung durch gewissenlose Stellenvermittler leiden, am meisten unter der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung. Mühe diesen Kreisen das neue Stellenvermittlergesetz die erlebte Hilfe bringen, indem es die öffentlichen Arbeitsnachweise anspornt, die gesamte Arbeitsvermittlung in eigener Hand zu kontrollieren!

Geht nicht in die Schwindelkästen! Seit Jahren wird in der „Volkswacht“ darauf hingewiesen, nicht den vielversprechenden Schwindelkästen beizutreten, unglückliche Fälle sind schon veröffentlicht worden, bei welchen die Mitglieder im Krankheitsfall keine Unterstützung erhalten haben, sondern sogar noch viel Geld zahlen mußten; trotzdem gibt es immer noch welche von denen, die nicht alle werden!

Arbeiter und Genossen! Ihr habt es nicht nötig, in diese Schwindelkästen einzutreten, es gibt eine größere Anzahl ge. realisierter Hilfskassen, welche schon Jahrzehnte bestehen und nur von Arbeitern verwaltet werden, treten in diese ein. Soeben gibt eine derselben, die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (H. v. H. v. Hamburg) ein Anleitungsflugblatt heraus. Nach demselben besteht die Kasse 34 Jahre, hat circa 80.000 Mitglieder und ein Vermögen von nahezu 2 Millionen, die Einnahmen 1909 betrugen 1.901.843,73 M., die Ausgaben 1.994.931,49 M. und trotz dieser Mehrausgabe in diesem Jahresjahre von 93.082,76 M. ist der Referendatsfonds immer noch gedeckt und brauchen auf dieser erst kürzlich stattgefundenen Generalversammlung die Beiträge nicht erhöht oder die Leistungen erniedrigt werden. Die Kasse zahlt 52 Wochen Krankengeld bei einem Beitrag von wöchentlich 30, 40, 50 und 60 Pf. Eintritt bis zu 45 Jahren ohne ärztliche Untersuchung. Für die Mitglieder besteht außerdem noch eine Kranken-Sterbekasse mit einem Sterbegeld von 100 M. bis 250 M., bei einem wöchentlichen Beitrag von 80 Pf. An 650 Orten von Deutschland bestehen Verwaltungsstellen, in Breslau ist der Verwaltungsrat Paul Richter, Michaelstraße 17, Rassenhof Herrenstraße 19. Jeden Sonnabend Abend von 7 1/2 — 9 1/2 Uhr.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die Junker gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen bemerkt in dem soeben erschienenen Bericht für 1909 zur Reichsversicherungsordnung:

Der Vorstand hält die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für die Provinz Posen weder für wünschenswert, noch finanziell für ersparnisreich. Wenn jedoch der Entwurf Gesetz werden sollte, so müssen die das landwirtschaftliche Gewerbe berücksichtigenden Sondervorschriften, insbesondere die, welche sich beziehen a) auf die Einrichtung und entsprechende innere Verfassung von Landkrankenkassen, b) auf die Anrechnung von Naturalleistungen auf das Krankengeld, c) auf die Gewährung der Möglichkeit einer verschiedenen Bemessung des Krankengeldes für die Zeit der Saisonunterbrechungen, d) auf die Zulässigkeit der Hilfe durch Krankenschwestern an Stelle der Ärzte unbedingt aufrecht erhalten werden.

Es sei bemerkt, daß in dem Vorlande der Posener Landwirtschaftskammer friedlich deutsche und polnische Junker zusammenhängen.

Schweidnitz, 12. September. Ein Stadtverordneter, der die Arbeiter nicht leiden mag. In fernem Städtchen beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung neben ihren sonstigen Obliegenheiten auch mit einem Antrag des Ma-

strats, nach welchem dem Gutbesitzer Straß die Genehmigung zur Errichtung einer Milchhalle in den Anlagen des Wilhelmplatzes erteilt werden sollte. Dieser Antrag enthielt eine lebhaftige Opposition; man wollte sich diesen Plan nicht „verschanden“ lassen. Nebenbei bemerkt, bildet der genannte Platz für das vom Bahnhof kommende Publikum gleichsam das Entree für unsere Stadt und aus diesem Grunde war es von jeder das eifrige Bestreben der städtischen Körperschaften, diesem Platz ein „nobles, gefälliges und modernes Aussehen zu geben. Ob das gelingen ist, sei nicht dahingewiesen, jedenfalls geben die Meinungen hierüber auseinander. Ein Teil der Stadtverordneten glaubte aber, daß jedwede Bebauung desselben, und sei es auch nur durch ein schmales Säuschen, dem Platz zur Unzucht gereichen würde. Der Stadtverordnete Thomas meinte sogar, daß der Bauherrn des Wilhelmplatzes (und zu ihnen gehört Herr Thomas) durch dieses Säuschen die Aussicht verliert werde, eine Kraumentation, die allerdings nicht erst zu nehmen ist. Von einer höheren Warte beurteilt der Oberbürgermeister das Projekt. Er stellte dem kulturellen, sozialen und volkswirtschaftlichen Wert dieser Einrichtung in den Vordergrund. Auch Herr Stuyve, Obermeister der hiesigen Bäderinnung, auf Grund des kausalen Dreifachverhältnisses Stadtverordneter von Geldsackwanden, meldete sich zum Wort. Einmal, zweimal! Zwei! zögernd, kam platze der Herr heraus: „Meine Herren, denken Sie mal, wenn so ein Arbeitertrupp ankommt!“ Lautlose Stille; der Vorsteher schwieb, die Versammlung schwieg, Herr Stuyve hatte das letzte Wort gesagt. Der Magistrat zog seinen Antrag zurück, man hatte sich in anderer Weise bereits geeinigt.

Die Arbeiterkassen sind Herrn Stuyve die „Entgleisung“ nicht ganz überlassen; die Arbeiterfreundlichkeit dieses Herrn ist ja hinreichend bekannt. Und wenn die Arbeiter den Wilhelmplatz nicht zieren, so mag der Herr beruhigt sein, eine Herbe des Stadtparlamentes ist er selber auch nicht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die auf dem Wege zu und von ihrer Arbeitstätte den Wilhelmplatz passieren, werden recht oft und recht zahlreich die zukunftske Mischtrinkhalle benutzen zum großen Vergnügen des Herrn Stuyve und seiner gleichgesinnten Sippschaft. Das wäre eine erfreuliche Kultur!

Wiesdorf i. M., 13. September. Der Sieg der Sozialisten dringt auch bis in die hochgelegenen Gebirgsdörfer des Riesengebietes. Zum ersten Male tagte am Sonntag Abend hier eine öffentliche Volksversammlung im „Gerechtigkeitsraum“, in der der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Albert Wiesdorf über die neuesten Ereignisse auf der politischen Bühne in 1 1/2 stündiger Rede referierte. Dichtgedrängt hielten die kleinen Bauern, Steller, Handwerker und Arbeiter mit ihren Frauen den geräumigen Saal und die Nebenräume besetzt, und dröhnend hallten die Beifallsstimme der ca. 300 Personen hindurch. Manches alle Bürgerlein nickte dem Referenten verständnisvoll zu oder bekräftigte die Worte des Redners durch Gesten. Genosse Albert behandelte die Steuerreform und die Steuerbefreiungen in der Kunst und Industrie, die sich dabei auch die reichliche Volkspartei vor, die wohl recht gebräutig schimpfte, aber vorher als sie noch im Ehebett mit den Konfessionslag, nicht genau Steuern bewilligen konnte. Die Wähler sollten bei dem großen Reichstagswahl, nicht nur auf die vielen Verprechungen hören, sondern sich die Taten ansehen und dann werde wohl bei den 120 Wahlkreisen, die uns die Gegner als Erfolg prophezeien, auch der Hirschberger sein. Neben dem moralischen war der praktische Erfolg einige Mitglieder für den Wahlkreis und neue „Volkswacht“-ler.

Für Nachmittag war eine Versammlung in Tannenberg unter freiem Himmel angelegt, zu der auch ein größerer Personenkreis erschienen war. Leider blieb wegen des wochenlang schlechten Wetters der Referent aus, so daß die Teilnehmer unverständlicher Sache wieder gehen mußten, doch wird in ganz kurzer Zeit das Verstumme nachgeholt werden.

Mieschen, 12. September. Volksversammlung. Zum ersten Male fand hier eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Volksversammlung statt. Ungefähr 120 Personen hatten sich eingefunden, um die Ausführungen der Referenten Semski und Lepis zu hören. Wäre einer Beifall zeigte, daß die Referenten den richtigen Ton getroffen hatten. Entschieden begeistert rief es hervor, als Genosse Lepis den Anwesenden den Kandidaten für den Wahlkreis, Genosse Semski, vorstellte, und an sie die Aufforderung richtete, bei den kommenden Reichstagswahlen diesem nur die Stimme zu geben.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

G. P. 59. 1. Der Vermerk I C bedeutet Krankheiten oder Gebrechen, die zeitig unheilbar machen, aber beseitigt oder doch so vermindert werden können, daß vollkommene oder befristete Tauglichkeit eintritt. 2. Ja, Sie müssen die Unterfertigung zurückzahlen.

Feldhammer I. Gegen die Kasse liegt nichts vor; Sie können ihr ruhig beistehen.

W. Taktische. 1. Die Mitwirkenden müssen die Steuern bis 30. September zahlen. 2. Ob Sie für den Wachsund Steuern zu geben haben, hängt von den dortigen örtlichen Bestimmungen ab. In der Regel sind Wachshunde steuerfrei.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Cheerabini. Am 14. September lehrte der Geburtsort von Maria Luigi Cherabini (Vorich: Ke) zum 150. Male wieder. 1769 in Florenz geboren, erregte er nach Abschluß eines gediegenen Musikunterrichts schon mit 19 Jahren durch seine zahlreichen Kirchenkompositionen das Interesse der musikalischen Kreise. 1784 wurde er nach London gezogen, wo er die Stelle eines königlichen Hofkomponisten erhielt. Sein Ruf stand bereits und auch in Paris, wo er 1788—87 weilte, erzielte er große Anerkennung. Hier lernte er sich 1788 definitiv und widmete sich, angeregt durch den Streit zwischen dem Operntypen Gluck und Piccini, der Oper. Bisher hatte er einige Opernwerke in dem damals üblichen italienischen Stil geschrieben, in Paris vertiefte er seine musikalische Arbeit. Seine Werke erschienen gleichmäßig den Vorzügen Glucks wie denen Piccinis als etwas Neues und gegen naturgemäß die Aufmerksamkeit von jenen ab. Cherabini dirigierte seine Opern in einem kleinen, von dem Feuille Marie Anoinietens gegründeten Theater von 1789—92. Da Napoleon, dessen Ruhm damals immer höher stieg, Cherabini wegen seines geraden Charakters nicht gewogen war, blieben dem Kaiser Anerkennung versagt und die Pläne der großen Oper verschloffen. Auch spätere Zusammenkünfte in Wien 1806, wozu Cherabini berufen wurde, um eine Oper zu schreiben, änderten an dieser Antipathie nichts. Eine Rückkehr auf das Gebiet der Kirchenmusik zeitigte die Entstehung der in der ganzen musikalischen Welt bekannten F-dur-Messe. Rannmehr war Cherabini auf ausschließlichen Gebieten tätig und schrieb Symphonien, Sonaten, Lieder in hundert Reihen. 1821 wurde er Direktor des Konservatoriums in Paris und brachte dieses Institut auf eine bedeutende Höhe. Am 15. März 1842 starb er. Von seinen zahlreichen Werken findet man noch an einzelnen Orten die Oper „Der Wallfahrtsträger“ (Lieder bei Berlin); in Koncerten hört man hier und da die „Dumetrien zu Lobodis“, „Famila“, „Alf Bado“ und „Aberwegen“. Sehr selten erscheint eines seiner Streichquartette auf den Programmen der Kammermusik.

Aus aller Welt.

Von der Choleraepidemie. Die in Hamburg bezüglich des Cholerafalles in Freiburg an der Elbe angestellten Nachforschungen haben bisher nichts Bestimmtes ergeben. Die Angehörigen des erkrankten Schiffers, die er vor seiner Abreise nach Freiburg besuchte, sind als gesund bekannt, ebenso gingen drei hier noch angezogene Personen der Befragung eines gewissen Samuels und St. Petersburg fahrenden Dampfers neben dem der Ober-

symptome. Sie wurden aus der ärztlichen Beobachtung entlassen. Auch die unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Cholerafalles angestellte Untersuchung von Wasserproben aus dem Hafen hatte ein ganz einwandfreies Ergebnis. Grund zu irgend welcher Verfolgung liegt daher nicht vor.

Nach Meldungen, die dem ungarischen Ministerium des Innern zugegangen sind, hat die bakteriologische Untersuchung drei neuerdings ausgegangene Fälle asiatischer Cholera festgestellt, und zwar je einer in Dunaosolec (Komitat Tolna), Paris (Komitat Pest) und Balony (Komitat Raab). Nach einer Zusammenstellung der Cholera-meldungen in Ungarn ist von 23 in den verflochtenen 14 Tagen im ganzen Lande vorgekommenen choleraverdächtigen Fällen, die bakteriologisch untersucht wurden, in 11 Fällen Cholera festgestellt worden. Dabmar in den letzten Tagen mehrere Fälle choleraverdächtiger Erkrankungen gemeldet sind, ist mit Sicherheit ein Cholerafall konstatiert, in einem dieser Fälle ist Besserung eingetreten.

Ein jugendlicher Verbrecher. Das Berliner Jugendgericht hatte sich mit den zahlreichen Schwindelstücken des erst 15 Jahre alten, einflussreichen Fürstlingssohns Adolf Conrad zu beschäftigen, der vor etwa zwei Monaten vor dem Volksschiedsamt in der Dorotheenstraße einem Kaufmann 5800 M. abnahm. Der Junge hatte vor diesem Hauptstücke schon mehrere erfolgreiche Schwindelstücke mit Kassenbrosen ausgeführt, die auf dem Volksschiedsamt Geld abholten. Sein Hauptstück war eine sogenannte Ehrlichkeitsprobe, womit er sein Opfer sicher machte. Das erdente Geld hat der jugendliche Verbrecher auf Rennbahnen ausgegeben; auch hatte er eine Reise nach Italien und der Schweiz unternommen. Schließlich konnte er verhaftet werden, als er sich bei einem der von ihm gerupften Boten zeigte. Er hatte im ganzen etwa 8000 M. erbeutet. Vor dem Gerichtshof erschien der Bursche lachend und Gesichts; erst als der Anklageakt 80 Tage Gefängnis beantragte, meinte Conrad, daß er lieber wieder in die Fürsorgeanstalt wolle. Der Gerichtshof ging weit über den Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis. — Damit ist Conrad endgültig in die Verbrecherwelt eingetrennt.

Ausweisung Peter Ganters aus Bayern. Verlagsbuchhändler Peter Ganter, der vor zwei Jahren durch seine blauen Briefe, mit denen er sein bekanntes Buch „Doppelte Moral“ vertreibt, in weiten Kreisen Deutschlands lebhaftes Beachtung hervorrief, und dafür vom Landgericht München I zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, ist von der Polizeidirektion aus München nach Bayern ausgewiesen worden. Die von ihm bei der Regierung von Oberbayern eingelegte Beschwerde wurde abgewiesen. Mit solchen Ausweisungen macht man bekanntlich Verurteilten

aller Kritik behält aber unsere weisliche Polizei diese ungewöhnliche Drangsalierung bei.

Feuerbrand in einem Geschäftshaus. In London brach in dem großen Tuchwarenladen von Wallace Hughes Feuer aus. In den oberen Stockwerken schloffen fünf Feuerherren. Diese drängten sich, vor den Flammen aufgeschreckt, nur mit Nachtgewändern an, an die Fenster und schrien verzweifelt um Hilfe, da ihnen der Ausweg abgeschnitten war. Mehrere handliche Männer spannten ein leinernes Tuch unten auf, und zwei Mädchen sprangen herab. Das eine verletzte aber das Tuch und blieb mit geschmetterten Gliedern tot liegen, das zweite wurde zwar aufgefangen, erlitt aber ernste Verletzungen.

Mysteriöser Kampf zwischen Räuber und Schulleiter. In einem Absteigquartier in Moskau wurden am Sonnabend zwei allein in der Wohnung befindliche Dienstmädchen von einem jungen Manne und einer Prostituierten getöbelt. Diese raubten einige geringfügige Sachen. Auf die Hilferufe der Mädchen erlitten ein Schutzmann, der von der Prostituierten niedergeschossen wurde. Im weiteren Kampfe wurde der Räuber von herbeieilenden Beamten erschossen. Es soll sich um einen gefährlichen Anarchisten handeln.

Immer handesgemäß. Mit feinem Instinkt versteht es die Köln-Düsseldorfer Schiffahrts-Gesellschaft, deren Passagierdampfer den Rhein befahren, die ihrer Ansicht nach notwendigen Klassenunterschiede zu wahren. Während in der Vorkajüte auf den Schildern, die auf einen gewissen Ort hinweisen, „Herrn“ und „Frauen“ steht, benutzen die stille Klasse in der Salonkajüte nur „Herrn“ und „Damen“. Ein Franzose, der auf einem der Dampfer den Rhein befährt, gibt im „Robl. Gen.-Anz.“ seiner Verwunderung über die Standes- oder hier richtiger Sittemensunterschiede Ausdruck. In seiner Heimat wäre so etwas unmöglich. Der Mann lebt auch nicht in Preußen!

Literatur.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 19 hat unter anderem folgenden Inhalt: Magdalen. Von Hans Bloch. — Der Wert I. Von G. Ecklein. — Mein Zimmeraquarium II. (Illustriert). — Für Mädchen ist es doppelt notwendig. Von E. Ziesl. — Die proletarische Jugendbewegung in Berlin. — Aus der Arbeiterbewegung. — Aus der Jugendbewegung usw. — Beilage: Bagabunden (Schluß). Von A. Moosgaard. — Proletarische Jugend. Von A. Wagner. — Hovallong und Macao (Illustriert). — Chorleitung und Musikpflege. Von E. Krenowski. — Wie soll ich leben? Von J. Borchardt. — Die Jungen an die Ältern. Von G. Herwegh. — (Illustriert) in seine Herrerei.